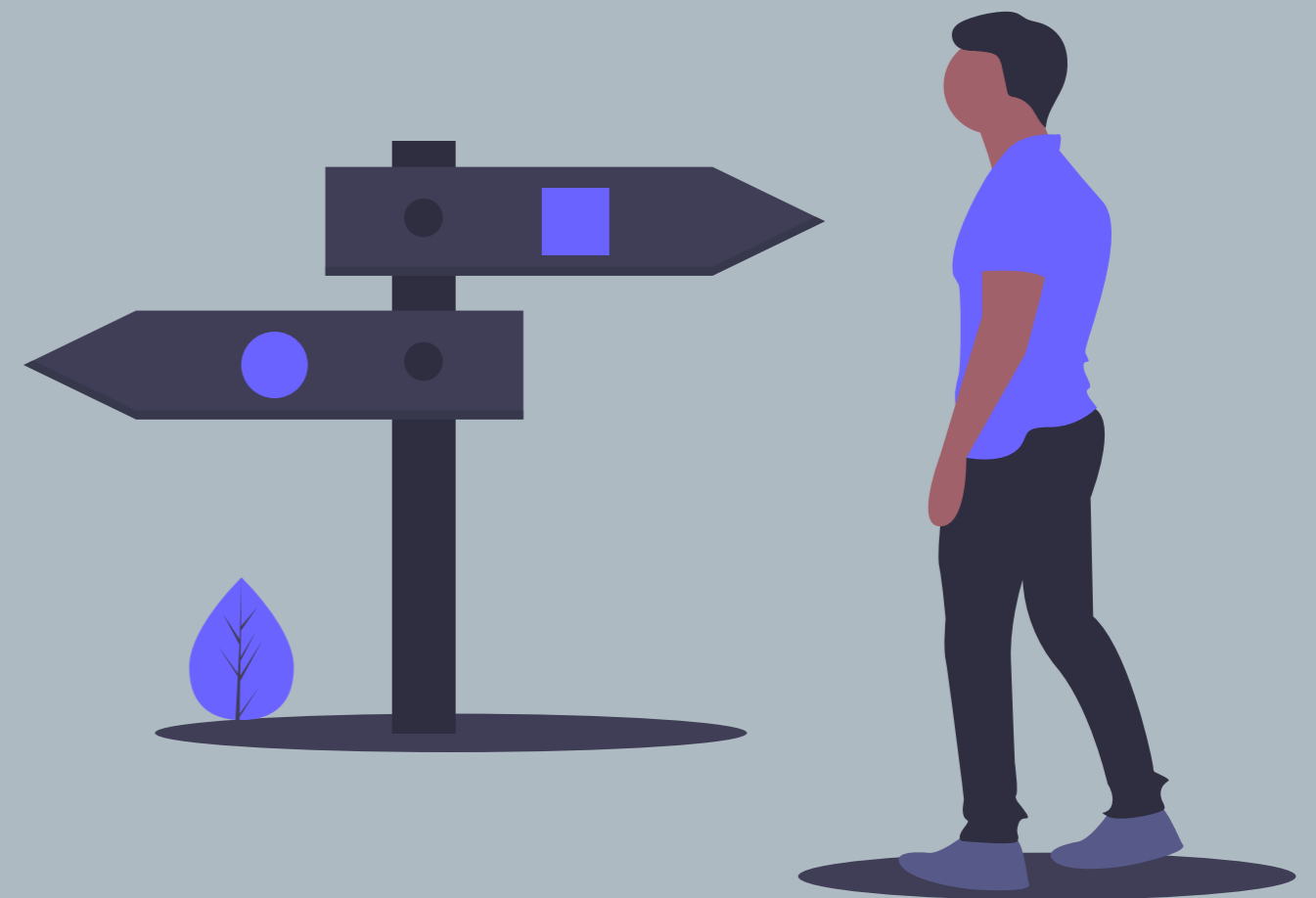




Rahmen- bedingungen

Sebastian Jeworutzki und Jörg-Peter Schräpler



Auf einen Blick

STRUKTURWANDEL IM RUHRGEBIET

Der Trend des rückläufigen Anteils der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe hat sich deutlich abgeschwächt.



22,9%

Beschäftigte im produzierenden Gewerbe (2018: 23,3 %).

DURCHSCHNITTLICHES HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN



1.826 €/Monat
Ruhrgebiet

1.918 €/Monat
NRW

Die Menschen im Ruhrgebiet haben im Vergleich zum übrigen NRW das mit Abstand geringste durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen.

Pro Familie mit Kindern unter 18 Jahren.

Die Frauenbeschäftigtenquote ist in den vergangenen Jahren gestiegen*, aber noch immer eine der niedrigsten in Deutschland.

53,5%

*Differenzen zu bereits vorliegenden Veröffentlichungen sind auf nachträgliche Korrekturen der BA zurückzuführen.

VERSCHULDETE KOMMUNEN

Metropole Ruhr

Ø **4.039** €/Kopf

NRW

Ø **2.584** €/Kopf

In der Metropole Ruhr ist die Pro-Kopf-Verschuldung der kommunalen Haushalte seit 2018 etwas zurückgegangen, aber immer noch besonders hoch. Die Handlungsspielräume der Kommunen sind dadurch eingeschränkt. Sie gehören zu den ärmsten Kommunen in Deutschland.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM RUHRGEBIET

+0,7%
gesamt

Die Bevölkerung ist in der Metropole Ruhr seit 2018 nur noch leicht auf 5,14 Mio. Einwohner*innen gewachsen.

Geburten haben um 3 % abgenommen.



26,1%

der lebend geborenen Kinder in der Metropole Ruhr haben nicht deutsche Eltern.

5%

der Bevölkerung im Ruhrgebiet sind Schutzsuchende. Das ist der höchste Wert in NRW und aller betrachteten Metropolregionen.

ca. **20%**

der Kinder und Jugendlichen haben in der Metropole Ruhr keine deutsche Staatsangehörigkeit. Bei ca. 52,5 % der Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt in der Metropole Ruhr ein Migrationshintergrund vor.

9,8%

aller Privathaushalte erhalten Transferzahlungen.

In der Metropole Ruhr leben besonders viele Menschen, die von Transferzahlungen abhängig sind. Besonders Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund sind von Armut bedroht. **32 % der Alleinerziehenden erhalten Transferzahlungen.**

IN FAMILIEN MIT KINDERN HABEN IM RUHRGEBIET

34,6%

der Elternteile keinen beruflichen Abschluss.

19,3%

der Elternteile einen akademischen Abschluss.

Bildungschancen hängen auch vom Bildungsstand der Eltern ab.

In diesem Kapitel erwartet Sie:

1.	Rahmenbedingungen für die Bildungsprozesse in der Metropole Ruhr	17
1.1	Einführung	17
1.2	Demografische Entwicklung.....	18
1.3	Familiäre Rahmenbedingungen.....	27
1.4	Wirtschaftliche Entwicklung.....	36
1.5	Zusammenfassung und Ausblick.....	39

1. Rahmenbedingungen für die Bildungsprozesse in der Metropole Ruhr

1.1 Einführung

Im letzten Bildungsbericht Ruhr wurde die Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Bildungsprozesse in der Metropole Ruhr zwischen 2013 und 2019 beschrieben. Der Fokus lag dabei auf der demografischen und sozioökonomischen Entwicklung innerhalb des Ruhrgebiets und des Ruhrgebiets im Vergleich zu anderen Metropolregionen in Deutschland.¹

In dem aktuellen Bildungsbericht Ruhr wird diese Darstellung der Rahmenbedingungen fortgeschrieben. Eine differenzierte Beurteilung der Veränderungen wird jedoch dadurch erschwert, dass bei der Erhebung zahlreicher Indikatoren – insbesondere aus dem Mikrozensus – methodische Veränderungen vorgenommen wurden, die einen Vergleich über die Zeit hinweg erschweren. Dadurch wird z. T. auch der Blick auf die Jahre der Pandemie erschwert, da für die Jahre 2020 und teilweise auch noch 2021 viele Indikatoren nicht oder nicht in vergleichbarer Qualität verfügbar sind.

¹Um globale Trends und spezifische regionale Entwicklungen im Ruhrgebiet besser einordnen und interpretieren zu können, wurden im vergangenen Bildungsbericht Vergleichsregionen zum Ruhrgebiet konstruiert.

Aufgrund des besonderen Charakters der Metropole Ruhr ist es nicht einfach, Regionen mit vollkommen identischen Strukturen zu identifizieren. Es wurden deshalb Regionen mit unterschiedlichen Strukturmerkmalen zum Vergleich herangezogen, die jedoch alle einen mehr oder weniger ausgeprägten urbanen Charakter aufweisen. Die Regionen können in verschiedene Regionstypen unterteilt werden: Es sind einerseits hochverdichtete Agglomerationsräume (z. B. das Ruhrgebiet, Rheinland, Frankfurt, Rhein-Neckar, Stuttgart und Saarland), Agglomerationsräume mit herausragendem Zentrum (Hamburg, München und Berlin) sowie verstädterte Räume höherer Dichte (z. B. Westfalen) (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2020).

1.2 Demografische Entwicklung

Demografische Entwicklungen sind von zentraler Bedeutung für das Bildungssystem, da Geburten und Migrationsprozesse die Nachfrage nach Bildungsangeboten determinieren. Die Erwartungen an die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung spielen eine herausragende Rolle bei der Bildungsplanung in den Kommunen und auf Ebene des Landes. Vor diesem Hintergrund wurden im letzten Bildungsbericht insbesondere die Entwicklung der bildungsrelevanten Altersgruppen und die Vorausberechnung der Schüler*innen in den Blick genommen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Erwartungen schnell von der Realität überholt werden können und die Planungen oftmals keine Reserven vorsehen, um auf solche unerwarteten Veränderungen zu reagieren. Mit dem Stichwort „demografische Rendite“ wird stattdessen unterstellt, dass sich durch mittelfristig sinkende Kinderzahlen eine Unterversorgung an Lehrkräften von alleine auflöse. Ein Blick auf Abbildung 1.1 zeigt, dass bereits Prognosen zu mittleren Zeithorizonten mit größeren Unsicherheiten behaftet sind. Dort ist die Entwicklung der Zahl der Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen in NRW sowie die aufgrund verschiedener Vorausberechnungen erwarteten Anzahlen dargestellt (KMK, 2006, 2009, 2018, 2022; MSB NRW, 2019, 2023). Die

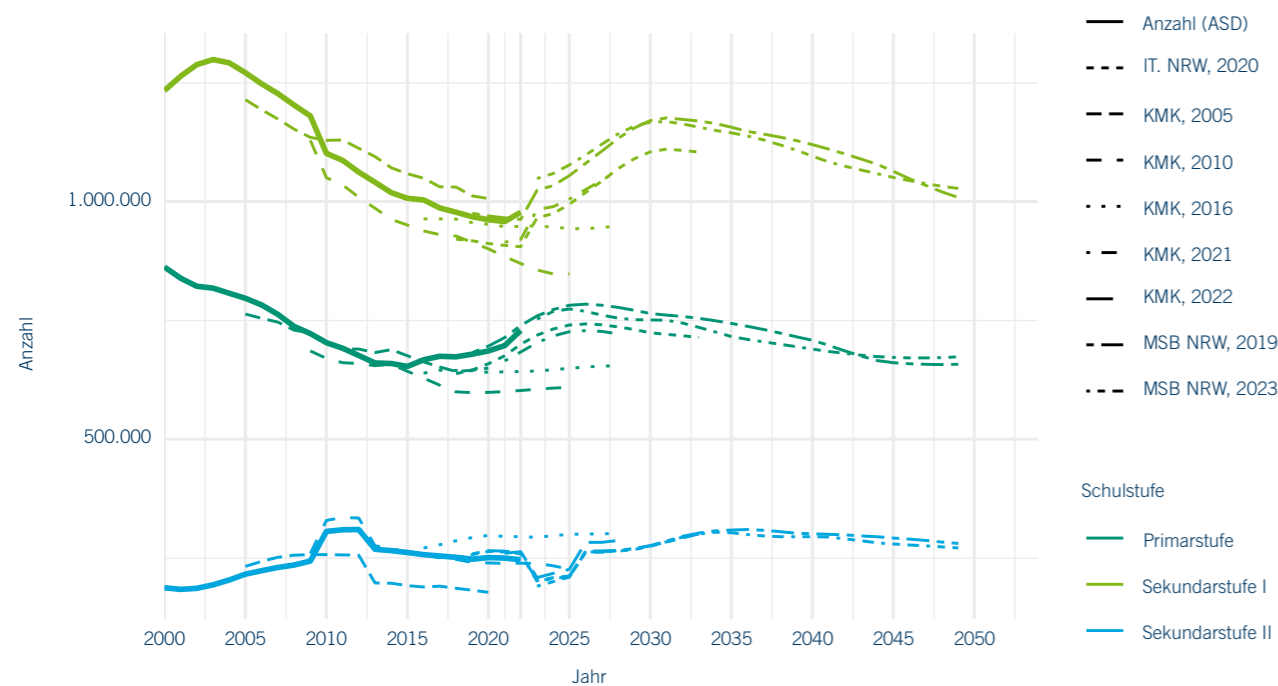
Schüler*innenzahlen der regionalisierten Schülermodellrechnung von IT.NRW (2020) fallen geringer aus, da dort Förderschulen und Freie Waldorfschulen nicht berücksichtigt wurden.

Der Abgleich der Vorausberechnungen aus der Vergangenheit mit dem tatsächlichen Verlauf zeigt, dass es in mittlerer zeitlicher Perspektive zu größeren Abweichungen zwischen den Modellen und den tatsächlichen Schüler*innenzahlen kommen kann. Auf der Ebene kommunaler oder kleinräumigerer Vorausberechnungen wird die Unsicherheit noch einmal deutlich zunehmen.

In die Vorausberechnungen gehen insbesondere zwei Einflussgrößen ein: die demografische Entwicklung (Geburten, Sterbefälle und Wanderungen) sowie das Schulwahlverhalten nach der Grundschule und nachfolgende Schulformwechsel oder Klassenwiederholungen der Schüler*innen. Betrachtet man das Schulwahlverhalten auf Landesebene, zeigt sich, dass diese Einflussgrößen über längere Zeiträume unverändert bleiben, aber strukturelle Änderungen im Schul(form)angebot auch deutlichere Veränderungen hervorrufen können (Abbildung 1.2). Auf Ebene der Kreise können Änderungen im Schulangebot noch stärkere Effekte haben und innerhalb eines Jahres um bis zu 10 Prozentpunkte abweichen.

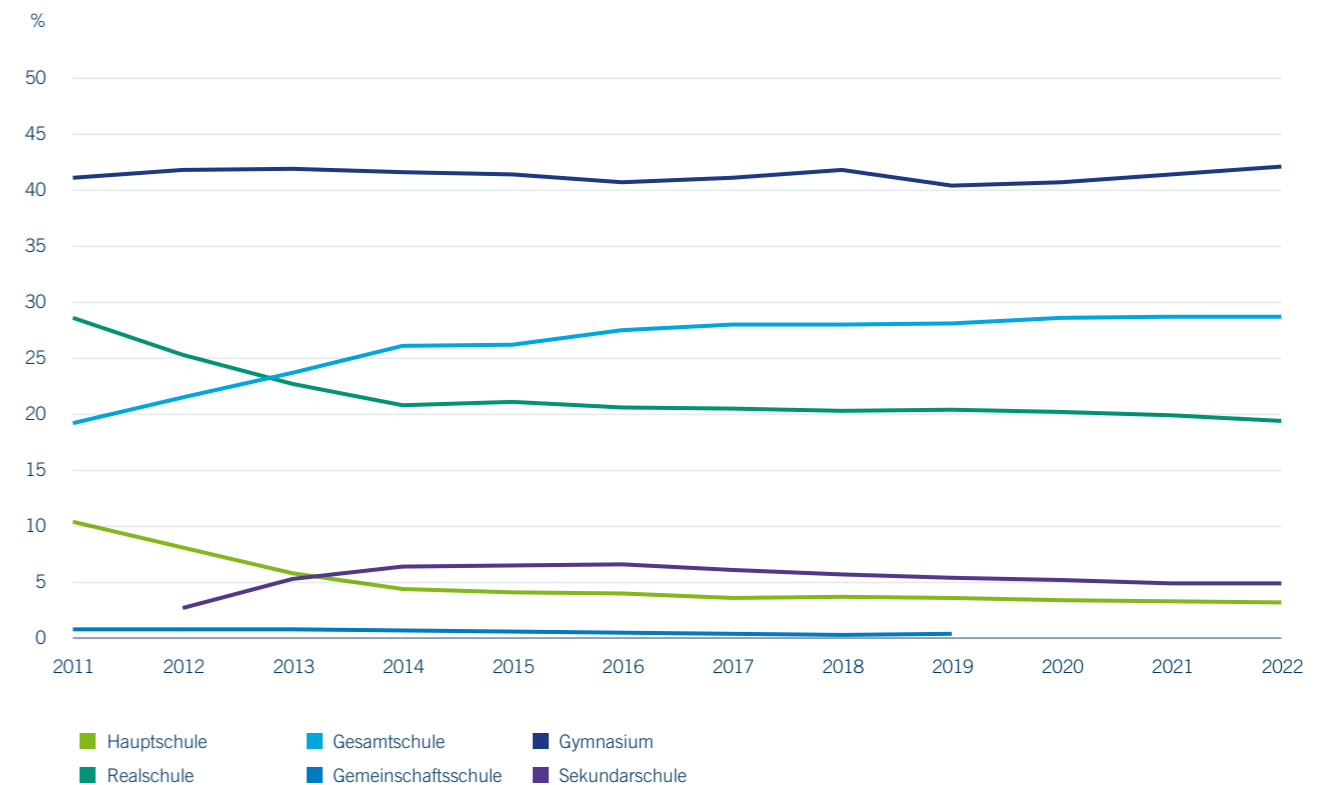
Die Unsicherheit bei der Bevölkerungsvorausberechnung liegt vor allem an den Änderungen der Geburtenraten und den Wanderungen innerhalb Deutschlands sowie ins bzw. aus dem Ausland. Den Wanderungen aus dem Ausland kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie nicht nur direkte Auswirkungen auf die Anzahl an Kindern- und Jugendlichen haben, sondern auch die Fertilitätsraten beeinflussen, denn die zusammengefasste Geburtenziffer nicht deutscher Frauen lag in der Vergangenheit häufig über der deutscher Frauen (IT.NRW, 2019).

Abbildung 1.1: Schüler*innenzahl und Vorausberechnungen im Vergleich



Quellen: Regionalisierte Schüler-Modellrechnung IT.NRW, KMK, MSB NRW.

Abbildung 1.2: Übergangsquoten auf die weiterführenden Schulen 2011 bis 2022



Quelle: IT.NRW, Schuldatensätze.

Wie groß die Volatilität der Wanderungsbewegungen ist, zeigt Abbildung 1.3. Dort ist das Verhältnis zwischen dem geschätzten Zu- bzw. Fortzug von Kindern im ersten Lebensjahr in die Gemeinden der Regionen und den Geburten abgetragen. Da das Statistische Bundesamt die Zahl der Zu- und Fortzüge auf regionaler Ebene nur für die Gruppe der Minderjährigen insgesamt ausweist, wurde die Zahl der Säuglinge über den Anteil der Säuglinge an den Minderjährigen auf Bundesebene (7 %) geschätzt.

Unter dieser Annahme wird deutlich, dass sich die Zahl der Neugeborenen, die später in das Bildungssystem aufgenommen werden, aufgrund von Wanderungsbewegungen kurzfristig um ca. 4 % erhöht haben kann. In der Metropole Ruhr stieg der Anteil der unter Einjährigen 2015 durch Zuzug aus dem Ausland bspw. um 4,9 % gegenüber den Geburten und um 9,7 % durch Zuzüge über die Gemeindegrenzen in der Region. Demgegenüber lag der Anteil an Fortzügen ins Ausland gegenüber den Geburten nur bei 1,7 % und an Fortzügen über die Gemeindegrenzen bei 6,1 %. Im Saldo ergibt dies ein Plus von 3,6 % gegenüber den Geburten.

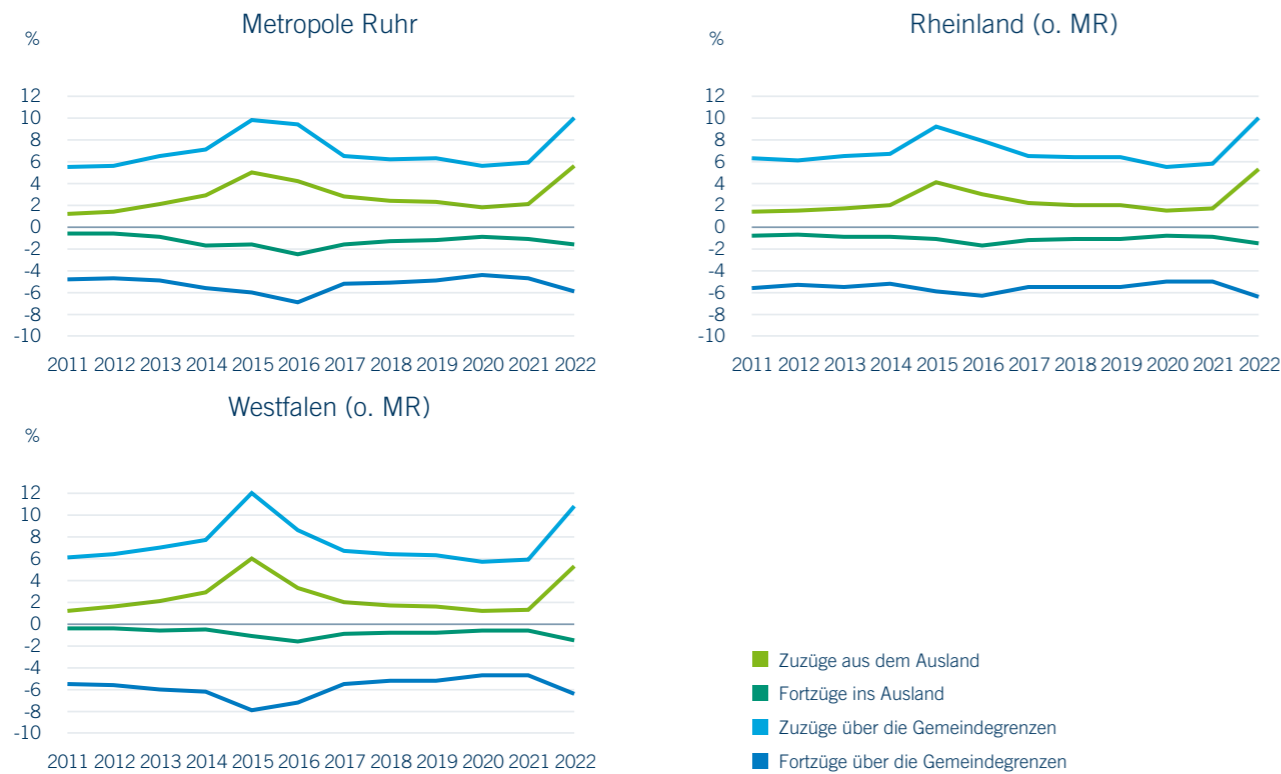
Vorausberechnungen können solche starken Veränderungen nicht berücksichtigen und haben – wie in der Regel auch in der Dokumentation der Modellrechnungen konstatiert – nur einen Modell-

charakter, der Wenn-dann-Aussagen erlaubt. Dennoch sind solche Modelle oftmals handlungsleitend. Welche Kommune kann angesichts knapper öffentlicher Haushalte entgegen der Prognosen Schulräume über den prognostizierten Bedarf bereitstellen und erhalten? Woran soll sich die Ausbildung von Lehrer*innen orientieren?

Es wäre es lohnenswert, diese Unsicherheiten in der Bildungsplanung mit zu berücksichtigen. Aus der kommunalen Perspektive schlägt Terpoorten (2022) „atmende Schulen“ vor, die sich je nach Bedarf vergrößern oder verkleinern. Klemm und Zorn (2024) plädieren darüber hinaus für eine zeitnahe Beobachtung demografischer Entwicklungen und eine finanzpolitisch verbindliche Haltung, die „demografischen Renditen“ nicht für Einsparungen zu nutzen, sondern diese Kapazitäten in „Phasen des personellen Überangebots“ (S. 15) für pädagogische Verbesserungen einzusetzen.

Demografische Prozesse sind jedoch nicht nur für Prognosen relevant, sondern zeigen auch aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem auf. Im Folgenden werden deshalb zentrale Befunde zur Bevölkerungsentwicklung im Anschluss an den Berichtszeitraum des vergangenen Bildungsberichts dargestellt.

Abbildung 1.3: Verhältnis von Wanderung und Geburten in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

Geburtenentwicklung

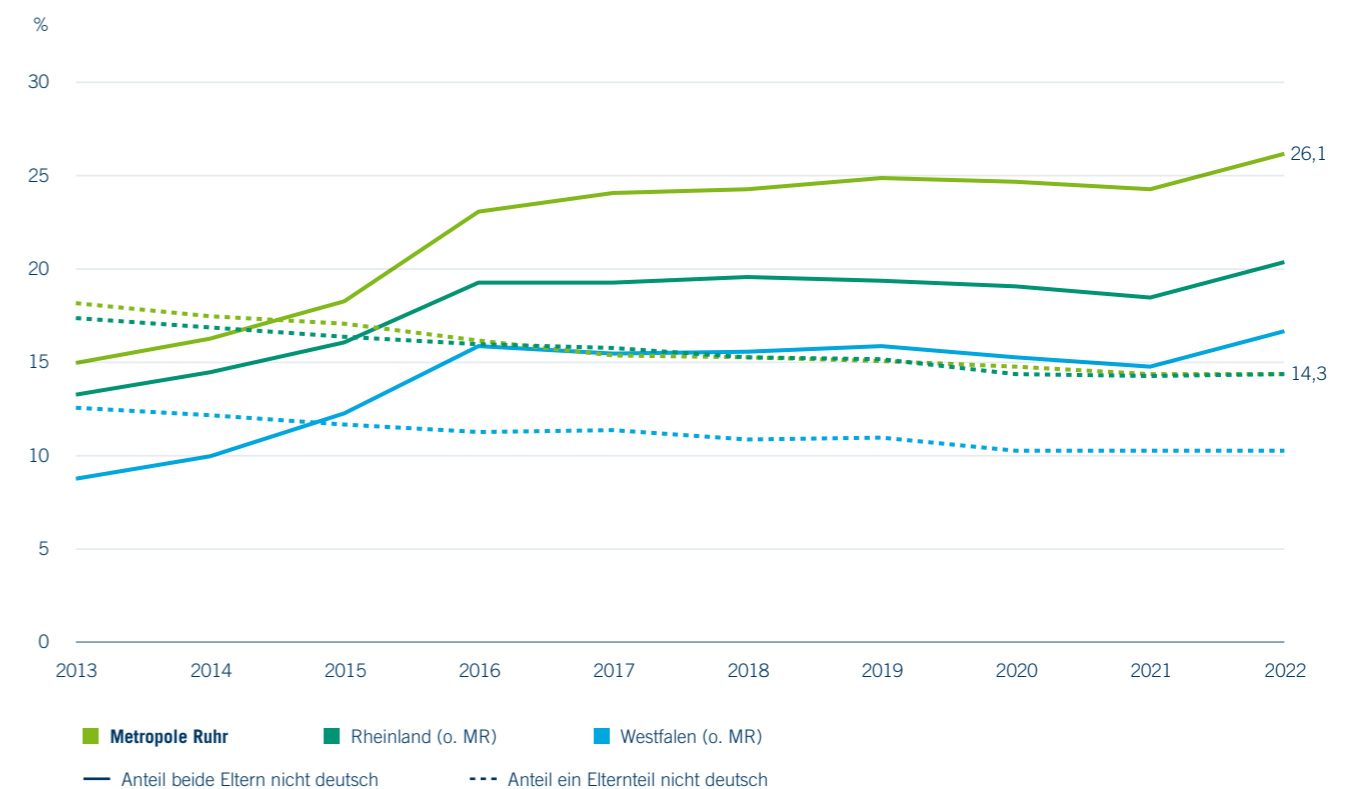
Im vorherigen Abschnitt wurde bereits die Bedeutung der Entwicklung der Geburten für die Planung des zukünftigen Bildungsangebots erläutert. In den drei Regionen in Nordrhein-Westfalen sind die Geburtenzahlen von 2018 bis zum Jahr 2021 nur leicht gesunken. Im Jahr 2022 kam es zu einem stärkeren Rückgang zwischen 3 % in der Metropole Ruhr und 7 % im Rheinland. Die bereits im vergangenen Bildungsbericht festgestellte Stagnation der Geburtenzahlen besteht also weiterhin fort, und es zeichnen sich sogar sinkende Geburtenzahlen ab.

Abbildung 1.4 zeigt die Entwicklung des Anteils von Geburten, bei denen ein Elternteil oder beide Elternteile eine nicht deutsche Nationalität aufweisen. Besonders auffällig ist der starke Zuwachs des Anteils von Geburten, bei denen beide Eltern eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen. Es ist zu vermuten, dass dieser Anstieg insbesondere auf schutzsuchende Eltern aus der Ukraine zurückzuführen ist. Die Beobachtung, dass der Anteil im Ruhrgebiet im Vergleich zu den beiden anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen deutlich höher liegt, hat weiterhin Bestand; inwieweit diese Zuwächse eine erhöhte Nachfrage nach Bildungsangeboten hervorrufen, hängt stark davon ab, wann und wie viele der geflüchteten Ukrainer*innen zurückkehren können.

Entwicklung der Bevölkerung und bildungsrelevanter Altersgruppen

Im Bildungsbericht Ruhr 2020 wurde für den Zeitraum 2013 bis 2018 ein leichtes Bevölkerungswachstum in der Metropole Ruhr festgestellt, nachdem im Zeitraum zwischen 2001 bis 2010 noch ein Rückgang (-3,6 %) der Bevölkerung zu beobachten war. Dieses Wachstum setzt sich fort, wobei die stärksten Zuwächse auf Landesebene in Kreisen im westlichen Rheinland und Westfalen sowie im Kreis Paderborn (+2,2 %) zu verzeichnen sind. In den Großstädten sind mit Ausnahme von Bonn (+2,8 %), Münster (+2,1 %) und Mönchengladbach (+2,7 %) nur geringere Zuwächse zu beobachten – die Stadt Köln weist mit -0,1 % sogar einen geringen Bevölkerungsverlust auf.

Abbildung 1.4: Anteil der lebend geborenen Kinder nach Nationalität der Eltern 2013 bis 2022



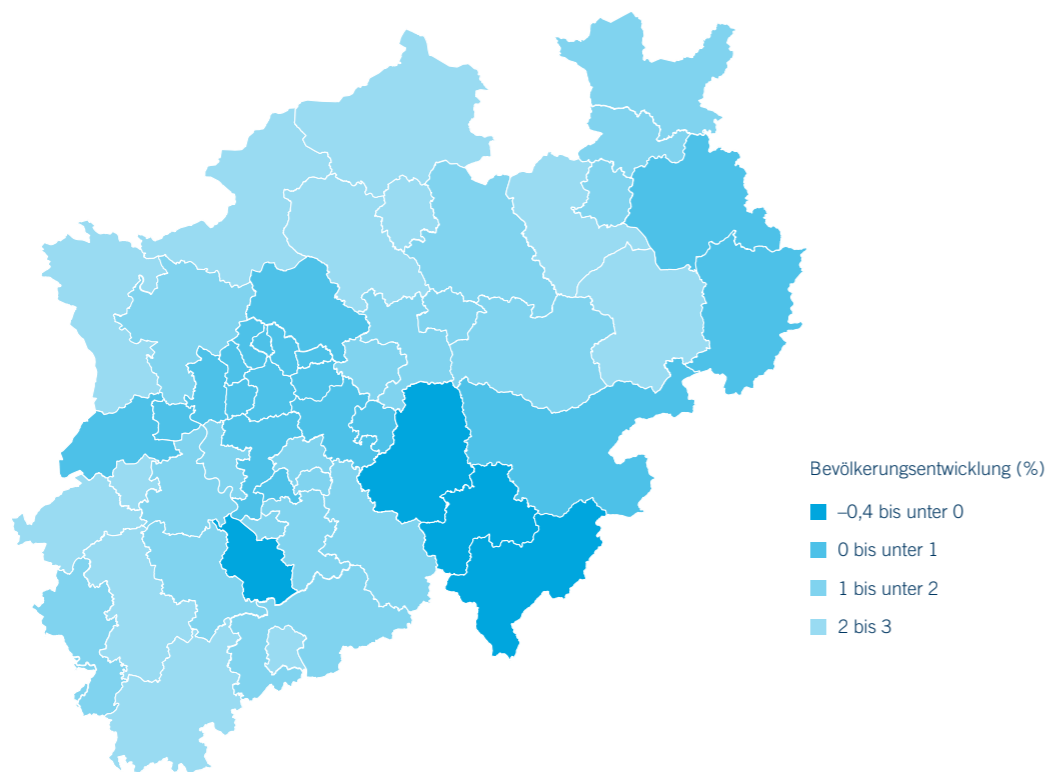
Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

Insgesamt ist die Bevölkerung im Ruhrgebiet von 5,05 Millionen im Jahr 2013 und 5,11 Millionen im Jahr 2018 auf 5,14 Millionen Einwohner angestiegen. Dies entspricht einem leichten Zuwachs von 0,7 % gegenüber dem Jahr 2018. Das Rheinland wächst minimal stärker um 1,4 % und Westfalen um 0,7 %.

Abbildung 1.6 zeigt bezogen auf das Basisjahr 2018 die Bevölkerungsentwicklung für die Vergleichsregionen bis zum Jahr 2022. Wie bereits in der Vergangenheit weisen die meisten Vergleichsregionen größere Bevölkerungszuwächse auf als das Ruhrgebiet, und lediglich das Saarland zeigt eine noch geringere Wachstumsrate. Im Jahr 2022 sind in allen Regionen starke Zuwächse zu beobachten, die z. T. auf die Zunahme von Schutzsuchenden infolge des Ukrainekrieges zurückzuführen sind. Die stärksten Zuwächse zwischen 2021 und 2022 verzeichnen Berlin (+1 %) und Hamburg (+1,8 %).

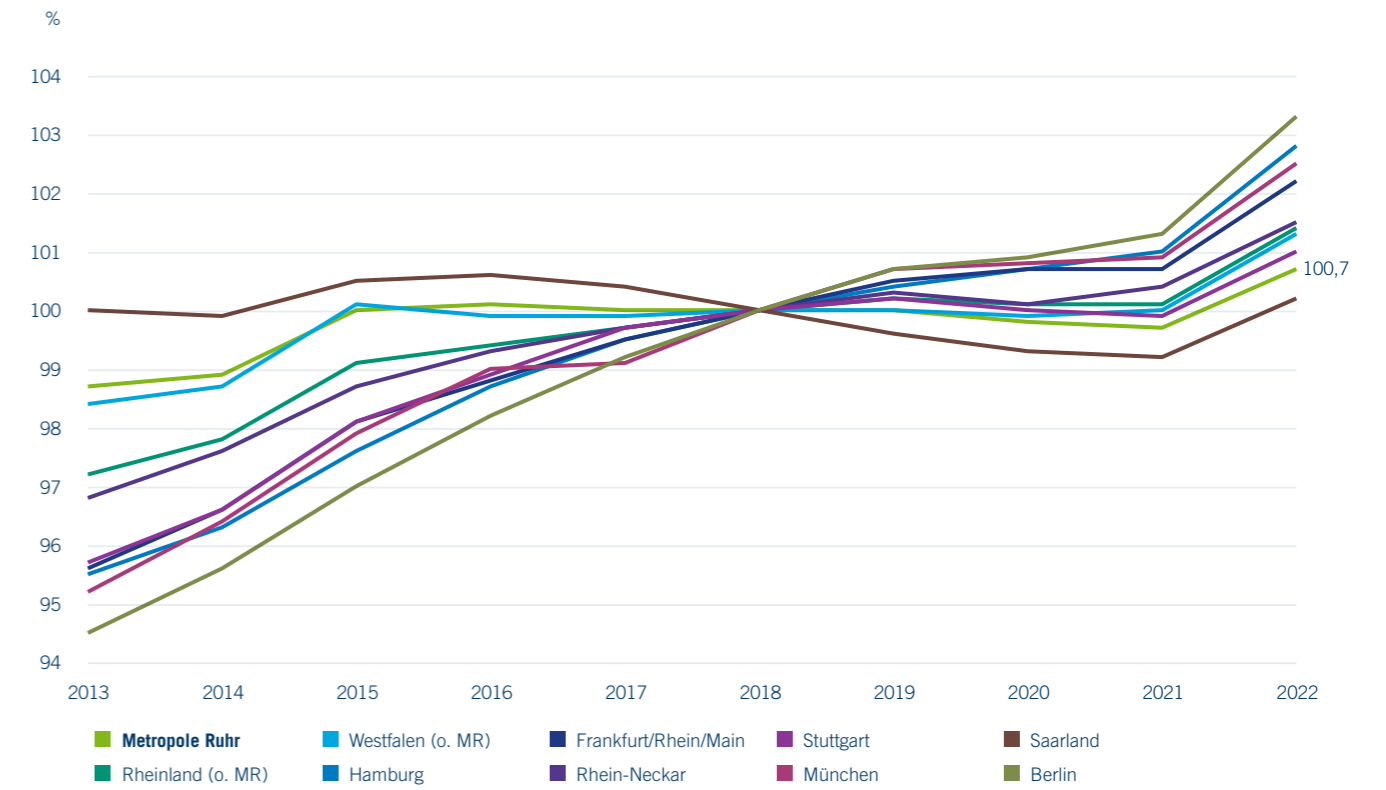
Der Einfluss der Aufnahme von Schutzsuchenden auf den Bevölkerungsstand zeigt sich dementsprechend an deren Anteil an der Gesamtbevölkerung (Abbildung 1.7). Nach einem ersten deutlichen Anstieg im Jahr 2015 kommt es mit Beginn des Kriegs in der Ukraine in allen Regionen zu einem weiteren Anstieg des Anteils Schutzsuchender an der Bevölkerung. Die regionale Verteilung der Schutzsuchenden unterscheidet sich ab 2015 deutlich. In der Metropole Ruhr, dem Saarland und den Stadtstaaten Hamburg und Berlin ist der Anteil an der Bevölkerung am höchsten, während die südlichen Regionen einen deutlich geringeren Anteil aufweisen. Insgesamt ist festzustellen, dass die Metropolregionen im deutlich höheren Maße Integrationsleistungen für Geflüchtete und andere Schutzsuchende erbringen müssen. Dies zeigt sich auch im Vergleich des Anteils Schutzsuchender auf Landesebene, wo die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin den höchsten verzeichnen. Die ostdeutschen Bundesländer und Bayern weisen hingegen den geringsten Anteil auf.

Abbildung 1.5: Bevölkerungsentwicklung 2018 bis 2022 (2018 = 100 %)



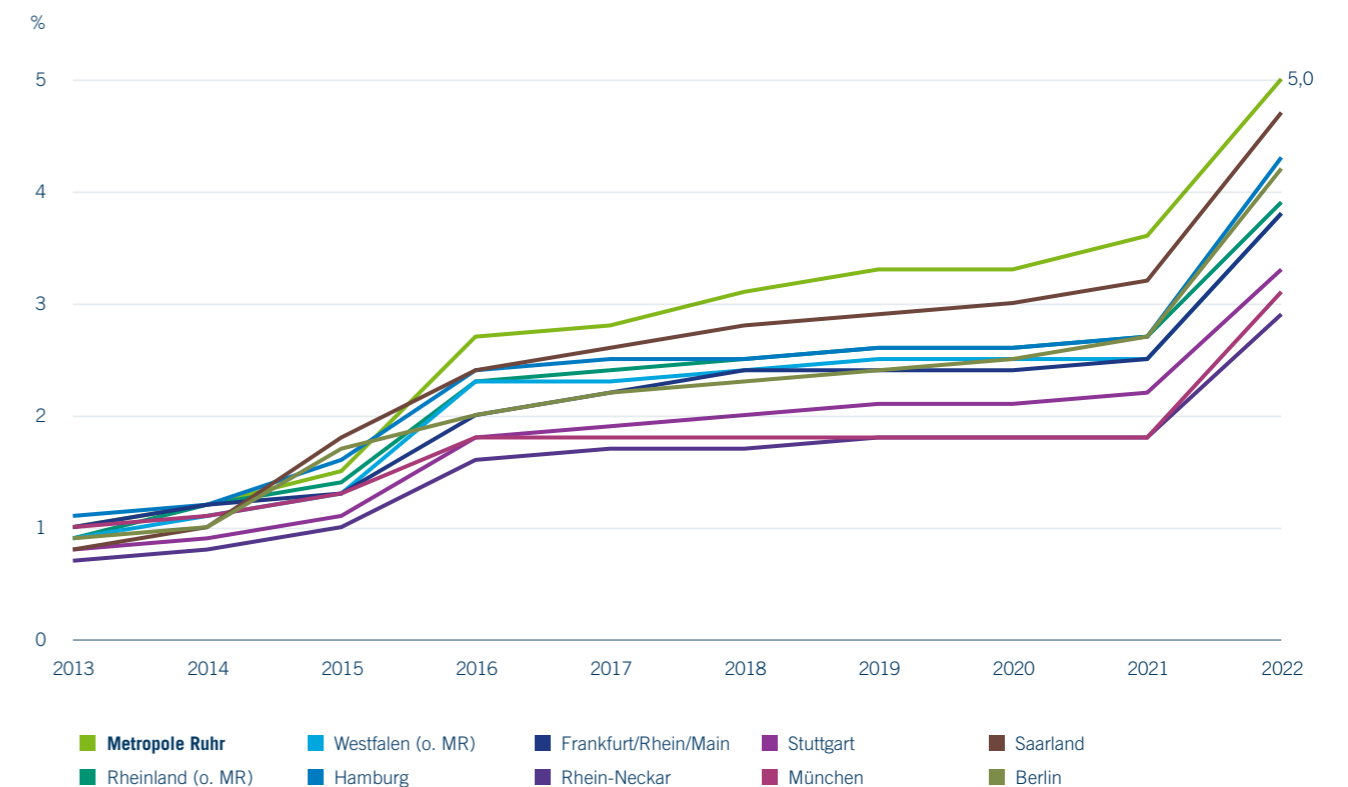
Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

Abbildung 1.6: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2022 (2018 = 100 %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

Abbildung 1.7: Anteil der Schutzsuchenden (unabhängig vom Schutzstatus) an der Bevölkerung 2013 bis 2022

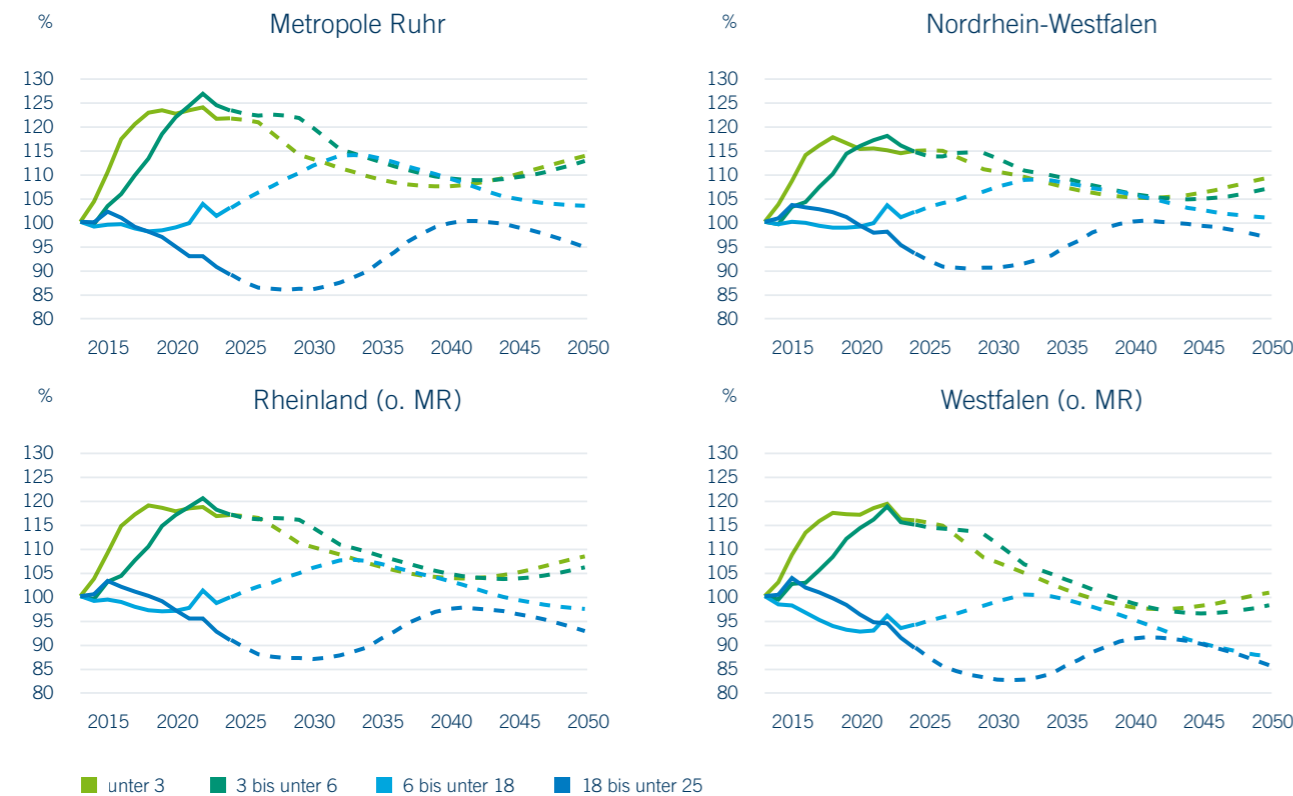


Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

Abbildung 1.8 zeigt die Entwicklung bildungsrelevanter Altersgruppen bis unter 25 Jahre im Zeitverlauf für alle Vergleichsregionen in Prozent gegenüber dem Basisjahr 2013. Für die Regionen in NRW wird zusätzlich zur bisherigen Bevölkerungsentwicklung die regionale Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 dargestellt. Sie basiert auf dem Bevölkerungsstand zum 01.01.2021 und kann deshalb den Bevölkerungszuwachs 2022 nicht berücksichtigen.

In den nordrhein-westfälischen Regionen hat sich seit 2018 der Zuwachs in der Altersgruppe der unter Dreijährigen zunächst abgeflacht. Mit Ausnahme des Rheinlandes steigen die Zahlen ab 2020 wieder an. Die vergangene Zuwächse bei den unter Dreijährigen spiegeln sich nun in der gestiegen Zahl der Drei- bis unter Sechsjährigen und Sechs- bis unter 18-Jährigen wider. In der regionalisierten Bevölkerungsprognose wird in Zukunft eine sinkende Zahl an unter Sechsjährigen erwartet, sodass sich die Altersgruppen bis 2040 wieder dem Verhältnis von 2013 annähern.

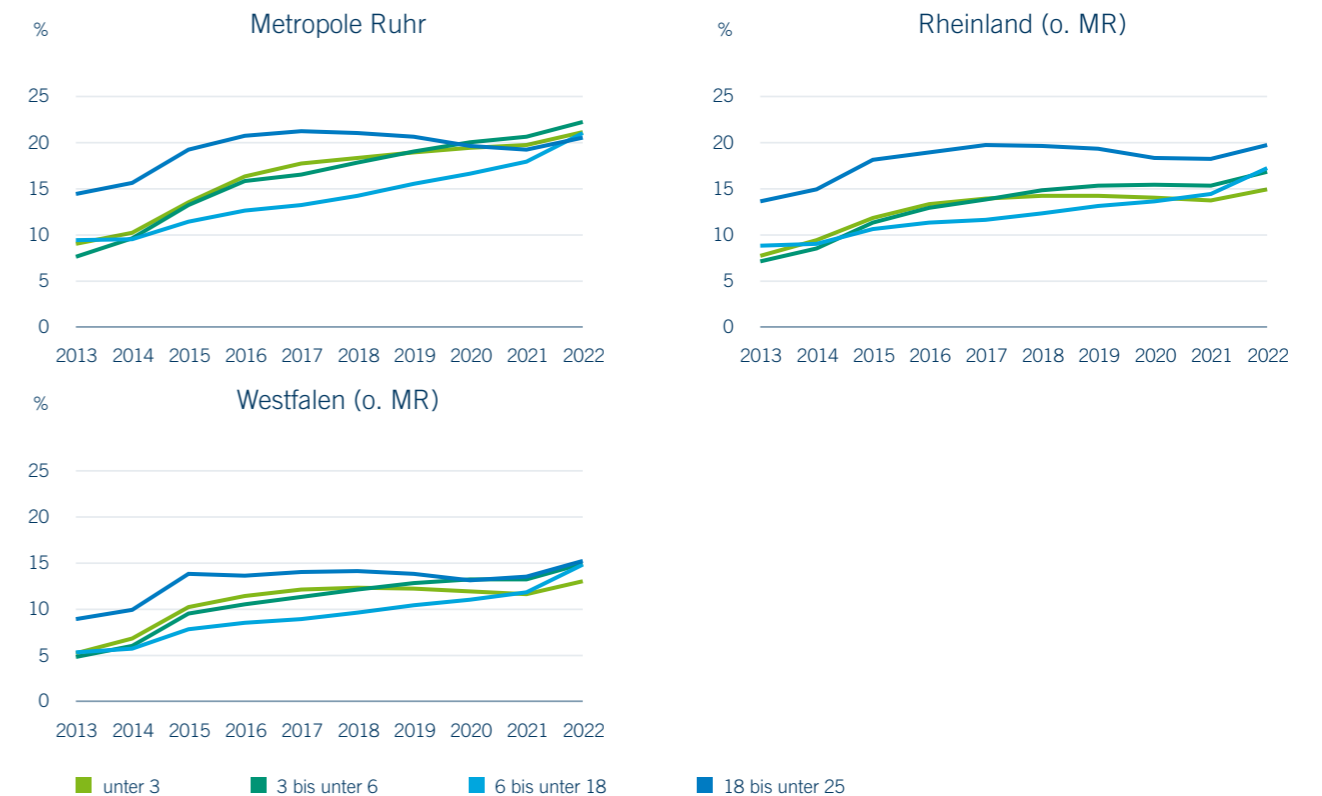
Abbildung 1.8: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2022 und Bevölkerungsprognose bis 2050 in den bildungsrelevanten Altersgruppen (2013 = 100 %)



Quelle: Statistisches Landesamt.

Die Zuwanderung der vergangenen Jahre spiegelt sich auch in den gestiegenen Anteilen von Kindern und jungen Erwachsenen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Abbildung 1.9 zeigt den Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den drei Regionen in Nordrhein-Westfalen. Während der Anteil u. a. als Folge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 im Bereich von 10 % lag, stieg er mit der Zahl der Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2021 wieder deutlich an. Mittlerweile hat ca. ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen im Ruhrgebiet keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Abbildung 1.9: Anteil der Personen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit in den bildungsrelevanten Altersgruppen (2013 = 100 %)



Quelle: Statistisches Landesamt.

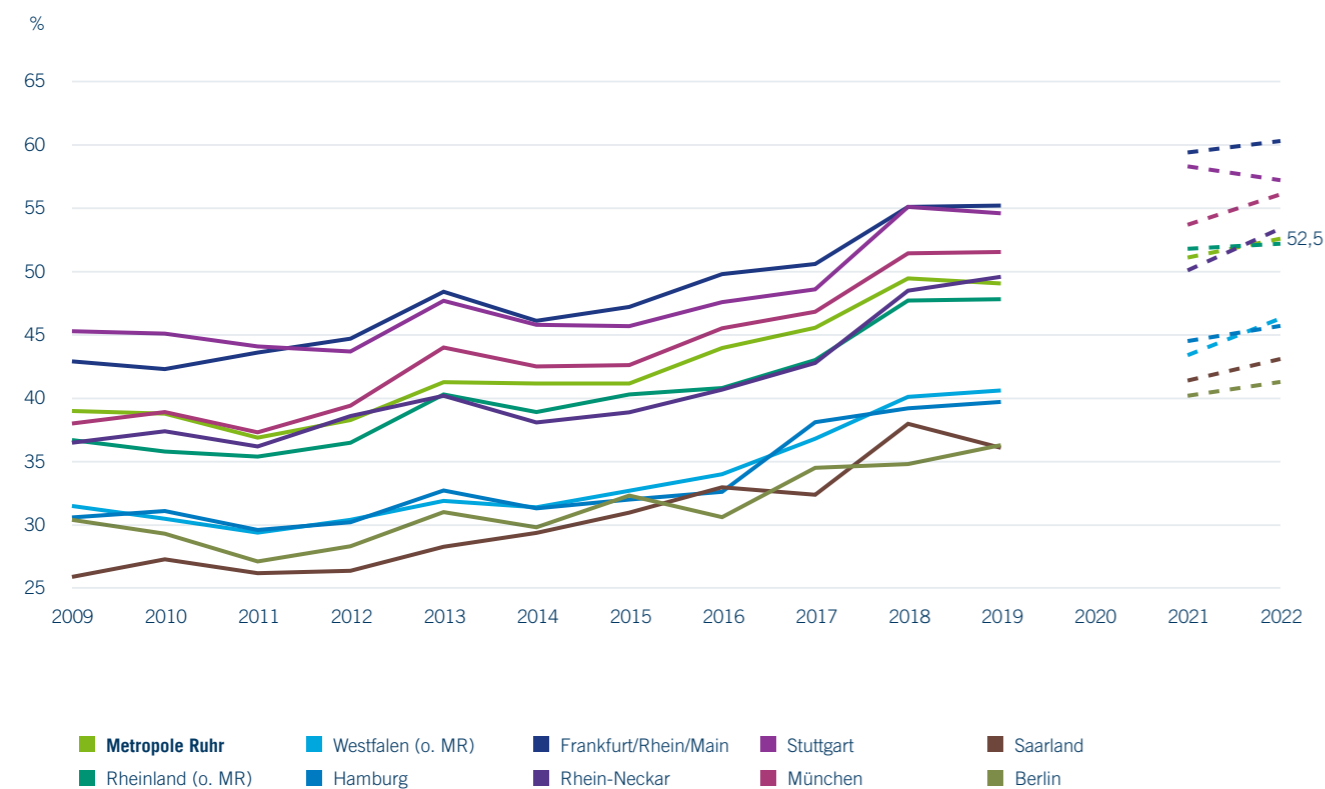
Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist deutlich höher. In der Metropole Ruhr liegt bei ca. 52,5 % der Familien mit Kindern unter 18 ein Migrationshintergrund vor (Abbildung 1.10). Im Kontext der Bildungsberichterstattung ist zu beachten, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren wurde (Mikrozensus 2021: 79,9 % der unter 15-Jährigen) und so ausschließlich mit dem deutschen Bildungssystem in Kontakt gekommen ist (Ramirez & Dohmen, 2019; Statistisches Bundesamt, 2023).

Datengrundlage für die Darstellung ist der Mikrozensus. Dort wird folgende Definition von Migrationshintergrund genutzt: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“ Den größten Anteil an Familien mit Migrationshintergrund weisen die Metropolregionen Frankfurt/Rhein/Main (60,2 %), Stuttgart (57,1 %) und München auf (56 %).

Der Mikrozensus wird seit 2020 mit einem neuen Erhebungskonzept durchgeführt. Dies führt zu einem Zeitreihenbruch, sodass auch relative Anteile über die Zeit nicht immer sinnvoll vergleichbar sind. Es ist deshalb unklar, inwiefern der Zuwachs der Familien mit Migrationshintergrund nach 2019 durch das neue Erhebungskonzept verursacht wird.

Angesichts der deutlichen Zunahme der nicht deutschen Bevölkerung erscheint ein Anstieg nach 2019 jedoch plausibel zu sein. Für das Jahr 2020 sind zudem aufgrund der hohen Ausfallquote (35 %) in der Mikrozensusbefragung keine regionalisierten Ergebnisse verfügbar. Die Ergebnisse werden in der Darstellung ausgeblendet.

Abbildung 1.10: Anteil der Familien mit Migrationshintergrund 2009 bis 2022



Quelle: Mikrozensus.

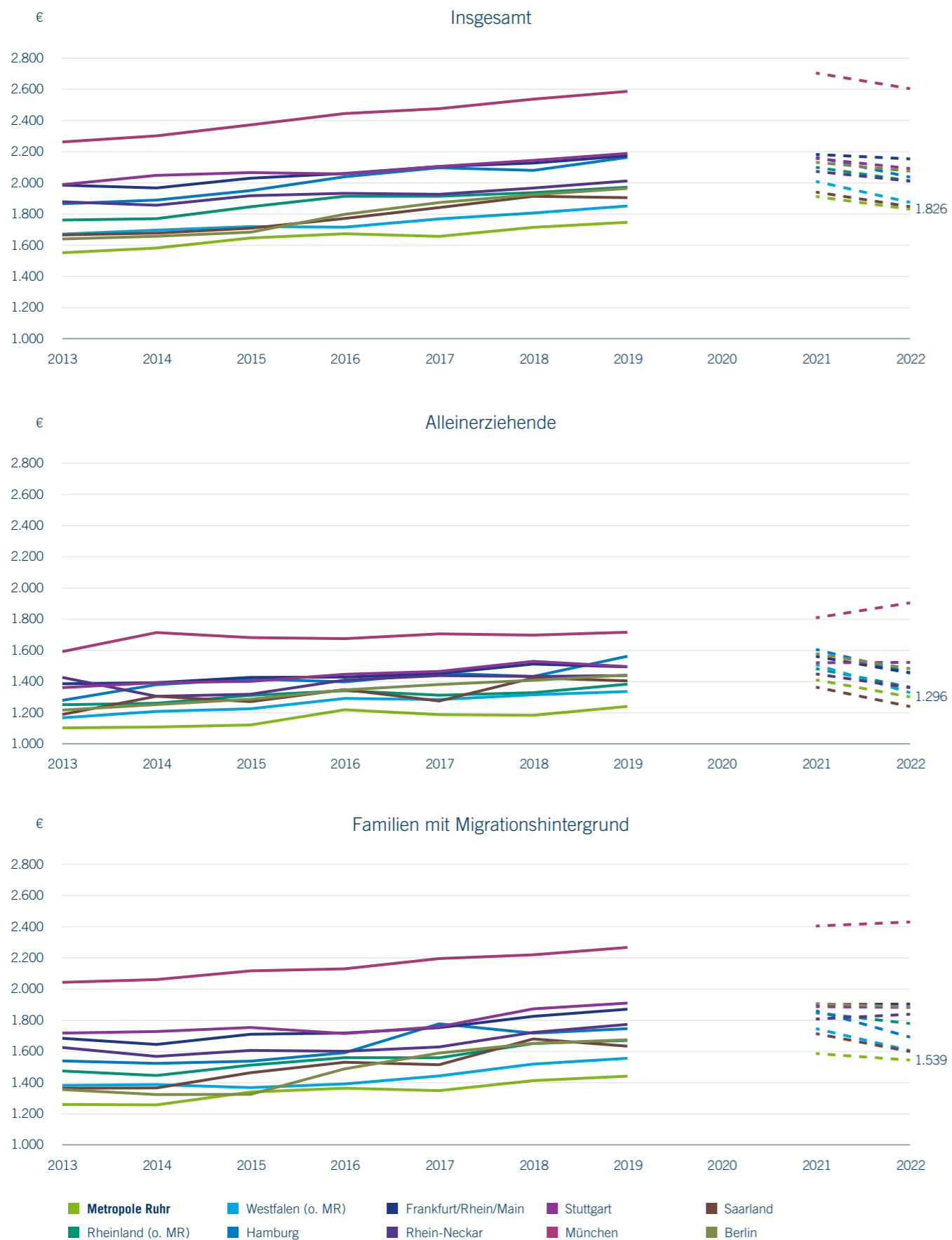
1.3 Familiäre Rahmenbedingungen

Abseits der demografischen Entwicklung, welche die Bildungsnachfrage antreibt, sind die familiären Hintergründe und Lebensbedingungen für die Bildungslaufbahn der Kinder und Jugendlichen maßgeblich. In der empirischen Bildungsforschung wurden insbesondere die ökonomische Situation in der Familie, die Einbindung in soziale Netzwerke und der Bildungshintergrund der Eltern als relevante Faktoren für den individuellen Bildungserfolg bzw. bei ungünstigen Bedingungen als Risikolage identifiziert. In der Bevölkerung sind diese Risikolagen ungleich verteilt. Insbesondere im Hinblick auf den Migrationshintergrund zeigen sich deutliche Unterschiede: Während Kinder in Familien ohne Migrationshintergrund zu 80 % kein bildungsbezogenes Risiko aufweisen, sind es bei Kindern in Familien mit Einwanderungsgeschichte nur 40 %. Kinder in Alleinerziehendenfamilien weisen unabhängig vom Migrationshintergrund sogar nur zu 39 % keine bildungsbezogenen Risiken auf (Autor*innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024).

In der Metropole Ruhr leben 19,3 % der Familien mit Kindern in Alleinerziehendenhaushalten. Bei Familien mit Migrationshintergrund sind es mit 17,8 % etwas weniger.

Dass Kinder in Familien mit Migrationshintergrund aufwachsen, ist Normalität (Abbildung 1.10). Dementsprechend vielfältig ist die finanzielle und soziale Situation der Familien – der Migrationshintergrund alleine ist nicht ausreichend, um die Erfolgsbedingungen von Bildung zu beschreiben. Dennoch zeigt sich, dass Familien mit Migrationshintergrund häufiger bildungsbezogene Risikolagen aufweisen.

Abbildung 1.11: Durchschnittliches monatliches Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Euro 2013 bis 2022



Quelle: Mikrozensus.

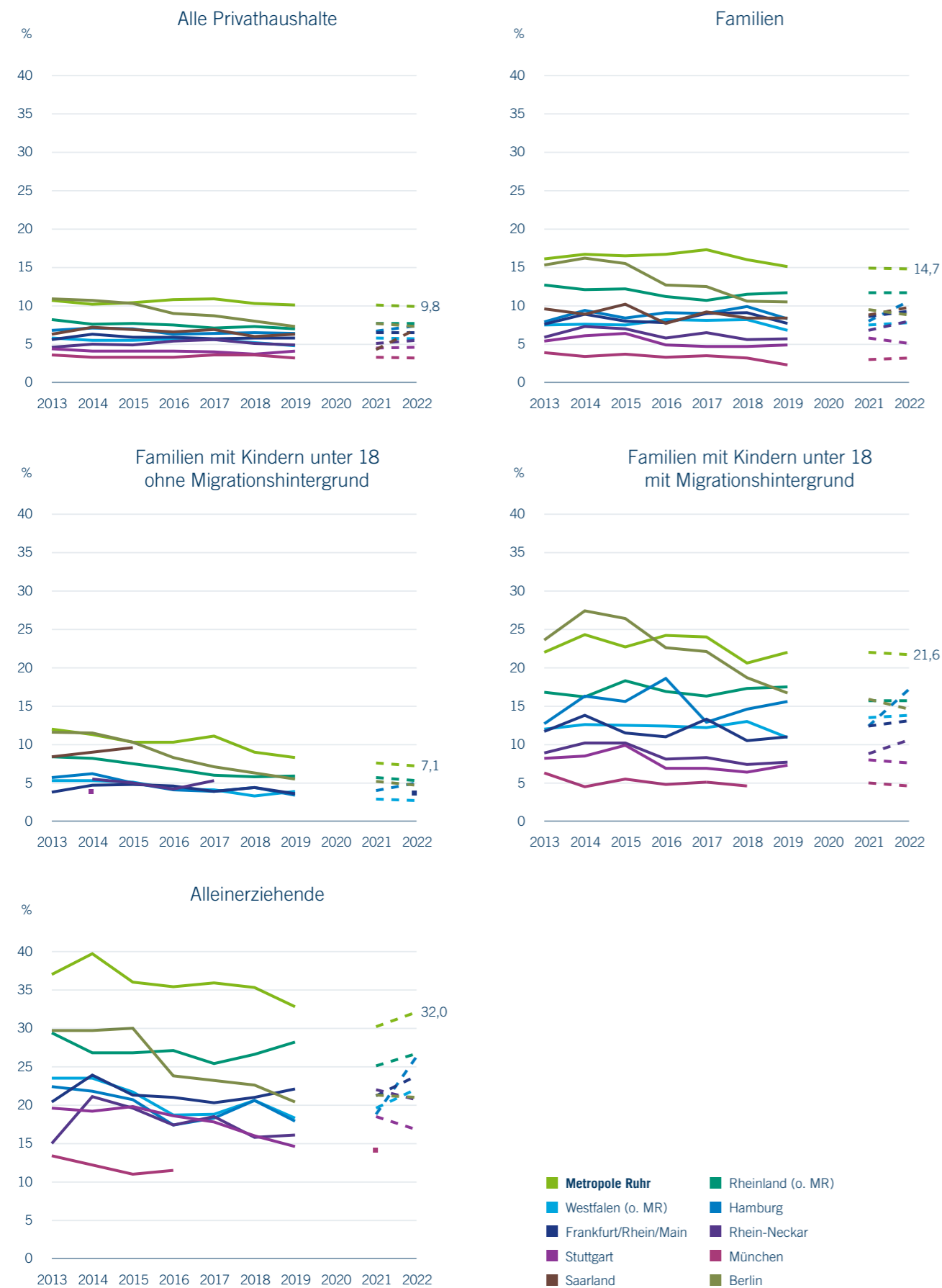
Ökonomische Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien

Die ökonomische Situation der Familien lässt sich in erster Linie durch das verfügbare Einkommen beschreiben. In Abbildung 1.11 ist das durchschnittliche monatliche Nettoäquivalenzeinkommen nach neuer OECD-Skala für Familien mit Kindern in den Vergleichsregionen dargestellt. Das Äquivalenzeinkommen berücksichtigt, dass es in Haushalten Skaleneffekte gibt (z. B. dadurch, dass bestimmte Gebrauchsgegenstände nur einmal beschafft werden müssen, oder durch den Kauf günstiger Großpackungen an Lebensmitteln) und dass auch die Bedarfe der Haushaltsmitglieder sich unterscheiden und bei Kindern bspw. geringer sind als bei Erwachsenen. Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen kann so als Wohlstandsindikator dienen. Steht die Einkommensverteilung im Fokus, wird hingegen oftmals das Medianäquivalenzeinkommen betrachtet, das die Höchstgrenze der Einkommen der Hälfte der Bevölkerung mit dem niedrigeren Einkommen beschreibt. Zum Vergleich des Wohlstandes der Regionen ist der Durchschnittswert jedoch sinnvoll, da der Wert nicht nur die Rangfolge, sondern alle Einkommenswerte mitberücksichtigt. Die Durchschnittswerte sind dementsprechend in der Regel höher als der Median. Im Jahr 2022 lag das bundesweite durchschnittliche jährliche Nettoäquivalenzeinkommen mit 28.601 € über dem Medianeinkommen von 25.000 €. Zum Zeitvergleich wurden die Einkommen mit dem gesamtdeutschen Verbraucherpreisindex 2020 deflationiert. Bei der Interpretation der Werte ist zu berücksichtigen, dass auch die Preisniveaus und damit die Kaufkraft regional unterschiedlich ausfallen und sich diese Differenzen etwas relativieren können. Durch dieses vereinfachte Vorgehen wird die

größere Belastung der unteren Einkommensgruppen unterschätzt (MAGS NRW, 2023). Auch hier gilt, dass ein Zeitvergleich aufgrund geänderter Methodik im Mikrozensus ab 2020 nicht ohne Weiteres möglich ist.

Abbildung 1.11 zeigt, dass die Realeinkommen von Familien mit Kindern zwischen 2021 und 2022 in allen Regionen gesunken sind. Es bestehen weiterhin erhebliche Niveauunterschiede zwischen den Regionen. Das höchste Einkommen wird 2022 in den südlichen Metropolregionen Deutschlands, mit großem Abstand in der Region München (2.598 €), erreicht, gefolgt von Frankfurt/Rhein/Main (2.148 €) und der Region Stuttgart (2.086 €). Am unteren Ende liegen die Metropole Ruhr (1.826 €), das Saarland (1.842 €) und Westfalen (1.869 €). Das Rheinland liegt mit 2.007 € weiterhin im Mittelfeld. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass Familien von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund insgesamt geringere Einkommen aufweisen. Bemerkenswert ist, dass in der Region München sowohl die Einkommen der Alleinerziehenden als auch der Familien mit Migrationshintergrund preisbereinigt leicht gestiegen sind. Im Jahr 2022 liegt das durchschnittliche monatliche Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen im Ruhrgebiet für Familien mit Migrationshintergrund bei 1.539 € und für Alleinerziehende nur bei 1.296 €. Im Rheinland, aber auch in Westfalen sind diese Werte im Vergleich höher. Vor allem im Ruhrgebiet tragen damit Alleinerziehende ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.

Abbildung 1.12: Anteil Familien, deren überwiegender Lebensunterhalt aus ALG I, ALG II oder Sozialhilfe stammt 2013–2022*



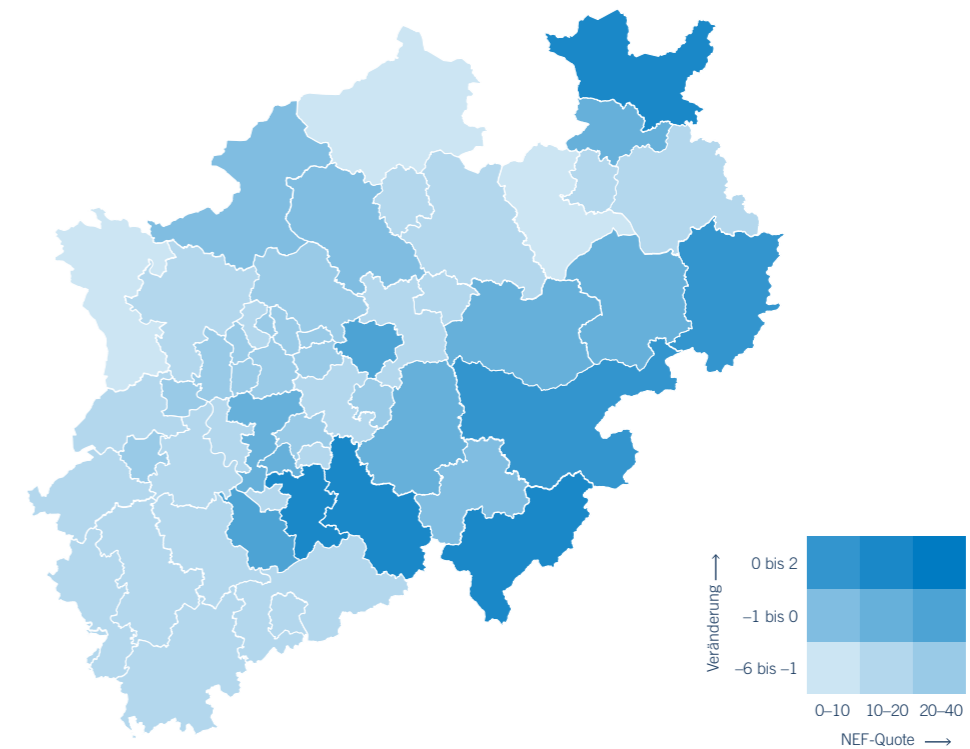
Quelle: Mikrozensus.

*Bezugsgröße ist die Gesamtzahl der Familien bzw. Privathaushalte, deren überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Rente oder Pensionen bestritten wird.

Ein weiterer Indikator für ökonomische Risikolagen von Kindern und Familien ist die Quote der unter 15-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Abbildung 1.13 zeigt die sog. NEF-Quote (Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten). Wie bereits im Bildungsbericht 2020 dargestellt, konzentriert sich die Kinder- und Jugendarmut auf die Großstädte und weite Teile des Ruhrgebiets. Gelsenkirchen weist mit 38 Prozentpunkten trotz einer Verringerung um –2,4 Prozentpunkte weiterhin bundesweit die höchste Quote auf. Mit größerem Abstand folgen Essen mit 29,3 %, Dortmund mit 29 % sowie Duisburg mit 28,7 % und Herne mit 27,8 %. Im Vergleich zu 2018 fallen die NEF-Quoten nicht nur in Gelsenkirchen geringer aus. Auch in anderen Kreisen sank die Quote, besonders stark in Mönchengladbach (–5,3 Prozentpunkte) und Essen (–4,4 Prozentpunkte). In Dortmund und Köln hat sich die Quote hingegen kaum verringert und in einigen Flächenkreisen wie Höxter ist sie sogar gestiegen (+1,5 Prozentpunkte). Bundesweit sind so unter den zehn Kreisen mit den höchsten NEF-Quoten mit Ausnahme von Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven weiterhin nur nordrhein-westfälische Kreise zu finden.

Der Vergleich der NEF-Quoten der Metropolregionen in Abbildung 1.14 (Seite 32) zeigt, dass die Quoten in vielen Regionen im Gegensatz zum Ruhrgebiet (–2,2 Prozentpunkte) und Berlin (–3,5 Prozentpunkte) weniger stark gesunken sind. In München (+0,3 Prozentpunkte) und Stuttgart (+0,5 Prozentpunkte) stieg die Quote sogar leicht an. Hinsichtlich des Niveaus der Kinder- und Jugendarmut zeigen sich jedoch im Vergleich zum Jahr 2018 keine Veränderungen. In den süddeutschen Vergleichsregionen ist die SGB-II-Quote der Minderjährigen weiterhin sehr gering. Auffällig ist, dass der Trend sinkender Quoten, der im letzten Bildungsbericht für Berlin festgestellt wurde, nun – wenn auch weniger stark ausgeprägt – in der Metropole Ruhr zu beobachten ist. Wie bereits im vergangenen Bildungsbericht für Berlin festgestellt wurde, steigt parallel auch im Ruhrgebiet die Anzahl unter 15-jähriger Personen in diesem Zeitraum an (+7 % Prozentpunkte). Ob die Verbesserung der sozialen Lage der Minderjährigen – wie damals für Berlin vermutet – durch den Zuzug ökonomisch stärkerer Bevölkerungsgruppen zustande gekommen sein könnte oder durch den Zuzug von Kindern und Jugendlichen, die andere Transferleistungen erhalten (bspw. Regelleistungen nach dem AsylbLG), kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Abbildung 1.13: SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen (NEF-Quote in Prozent) und Veränderung der Quote in Prozentpunkten zwischen 2018 und 2022



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Bildungsstand der Eltern

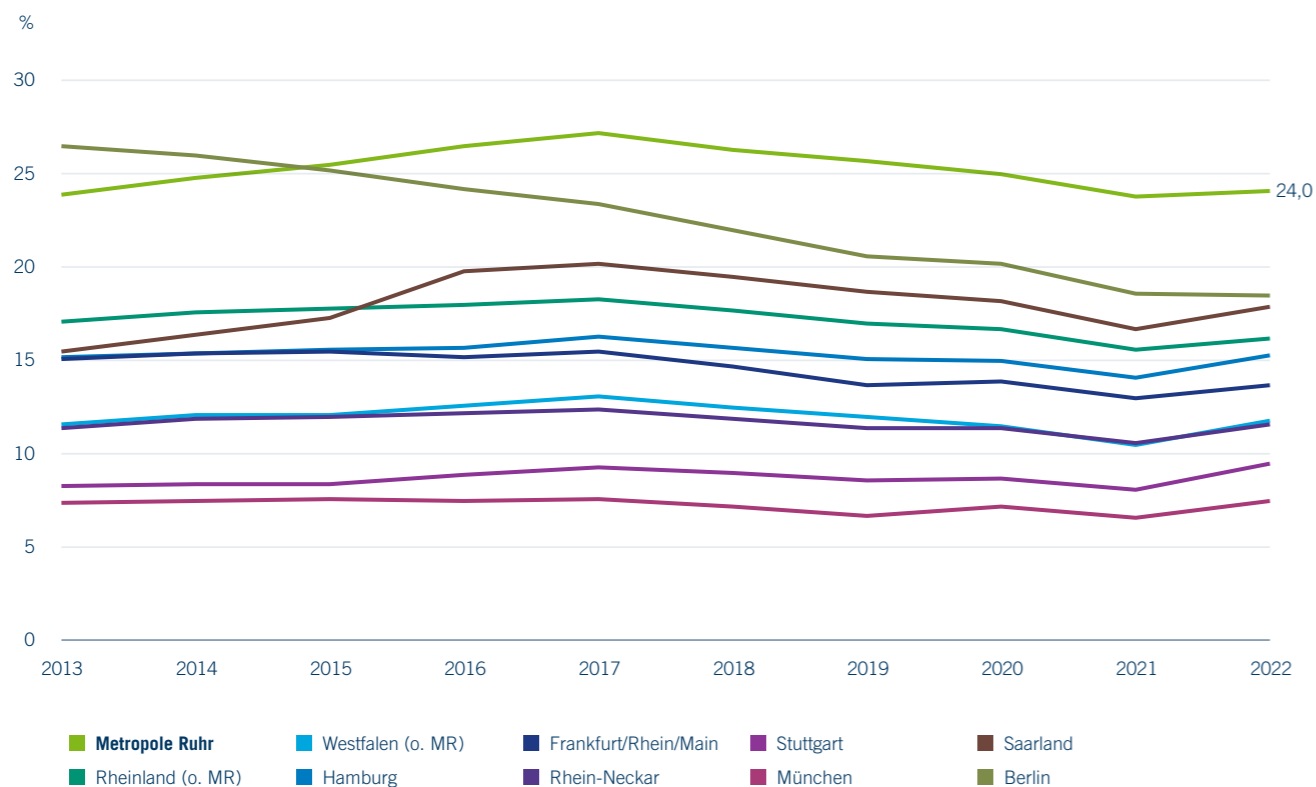
Bildung findet nicht nur in den Institutionen des Bildungswesens statt, sondern hängt in Deutschland auch maßgeblich von der Bildung der Eltern ab. Der Bildungshintergrund wirkt sowohl auf die innerfamiliären Möglichkeiten, Kinder zu unterstützen, als auch auf die Bildungsentscheidungen der Eltern, etwa bei der Wahl der weiterführenden Schule oder bei der Unterstützung der Aufnahme eines Studiums oder einer beruflichen Ausbildung.

Auf Basis der Daten des Mikrozensus können Angaben zum Bildungsstand der Elternteile in Familien mit Kindern in den Regionen gemacht werden. Auch hier gilt die begrenzte Vergleichbarkeit der Ergebnisse durch den Methodenwechsel 2020, die insbesondere bei den gering besetzten Kategorien relevant wird. Der im vergangenen Bildungsbericht festgestellte Trend zu höheren Bildungsabschlüssen in der Bevölkerung ist weiterhin zu beobachten (Abbildung 1.15). Während im Ruhrgebiet der Anteil der Elternteile mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss als höchstem Schulabschluss von 34,5 % im Jahr 2013 über 27,3 % im Jahr 2018 auf nur noch 20,4 % im Jahr 2022 sank, stieg der Anteil der Elternteile mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife von 30,5 % im Jahr 2013 auf 43,5 % im Jahr 2022. Der Anteil an Elternteilen ohne allgemeinen Schulabschluss lag 2013 bei 8,2 % und erhöhte sich leicht auf 9,6 % im Jahr 2018. Ob die für 2022 sichtbare Erhöhung des Anteils auf 13,1 % auf methodische Änderungen im Mikrozensus oder Veränderungen in der Bevölkerung zurückzuführen ist, bleibt unklar.

Abbildung 1.16 zeigt für alle Vergleichsregionen den Anteil von Elternteilen mit Kindern nach beruflichen Bildungsabschlüssen im Zeitverlauf. Es wird insgesamt zwischen sechs Kategorien unterschieden: Fachschulabschluss (inklusive Fachschulabschluss DDR, der nur für die Region Berlin relevant ist), Lehre/Berufsausbildung, Hochschulabschluss (Uni und FH), Promotion, in schulischer/beruflicher Ausbildung (noch keinen Abschluss) sowie Personen ohne beruflichen Abschluss.

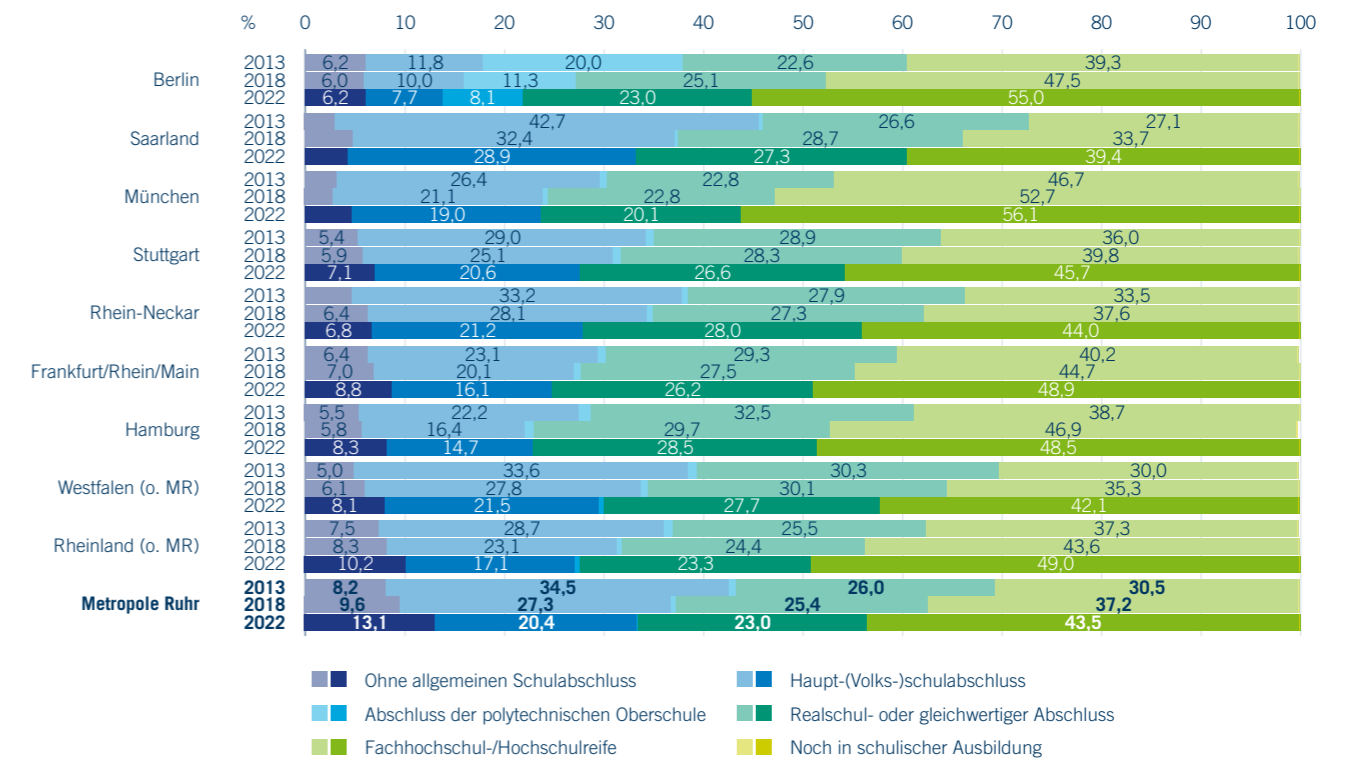
Im Ruhrgebiet ist der Anteil der Eltern mit Hochschulabschluss von 12,7 % im Jahr 2013 auf 16,2 % 2018 und 17,8 % im Jahr 2022 gestiegen, der Anteil der Eltern mit Lehre/Berufsausbildung ist im Gegenzug von 51,8 % im Jahr 2013 auf 45,8 % 2018 und 36,6 % im Jahr 2022 gesunken. Der Regionenvergleich zeigt, dass im Ruhrgebiet der Anteil an Hochschulabsolvent*innen unter den Eltern zusammen mit Westfalen und dem Saarland dennoch zu den niedrigsten zählt. Der Anteil der Eltern ohne beruflichen Abschluss liegt bis 2019 relativ konstant bei ca. 27 % und wird im neu konzeptionierten Mikrozensus 2022 mit 34,6 % beziffert. Damit weist das Ruhrgebiet im Vergleich zu allen anderen Regionen den höchsten Anteil von Eltern ohne Berufsabschluss auf.

Abbildung 1.14: SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen 2013 bis 2023 (NEF-Quote)



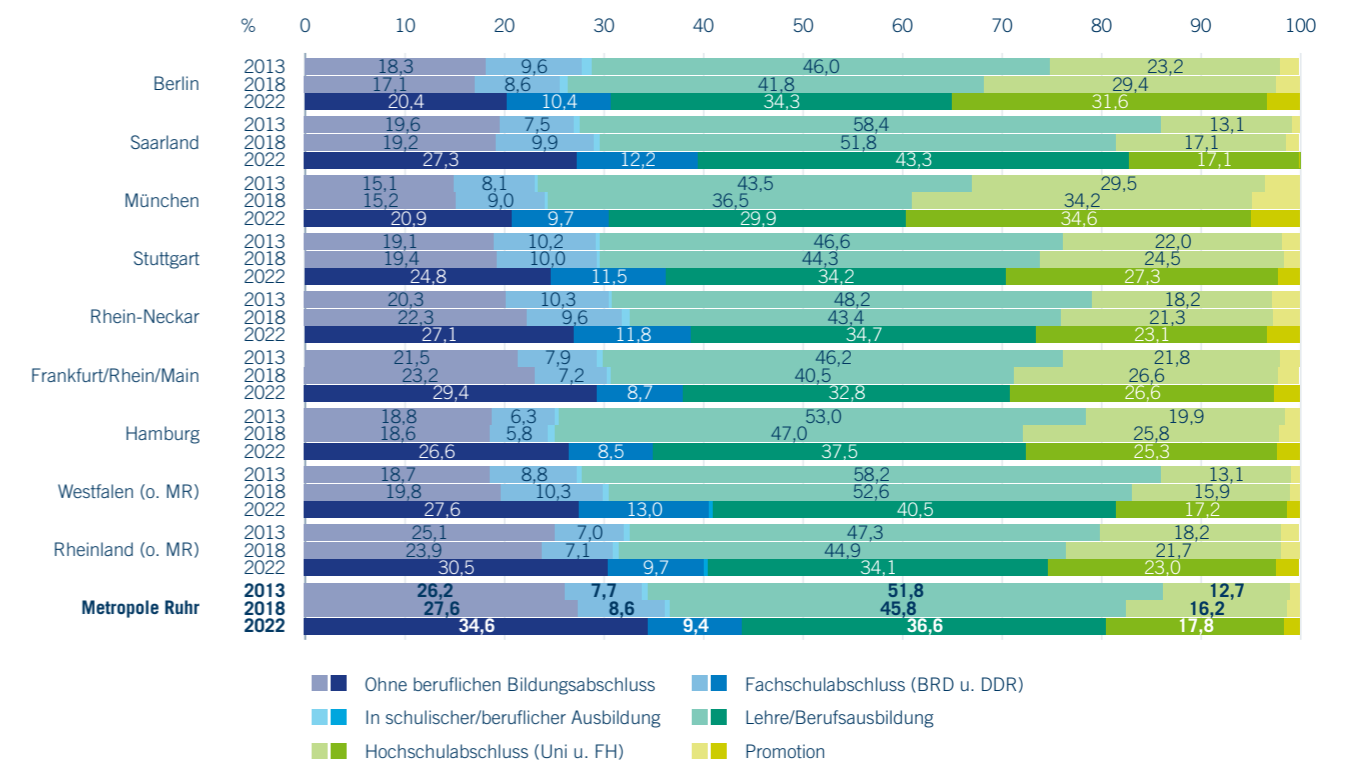
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 1.15: Anteil der Elternteile nach Bildungsabschluss 2013 bis 2022



Quelle: Mikrozensus.

Abbildung 1.16: Anteil der Elternteile nach Art des beruflichen Bildungsabschlusses 2013 bis 2022



Quelle: Mikrozensus.

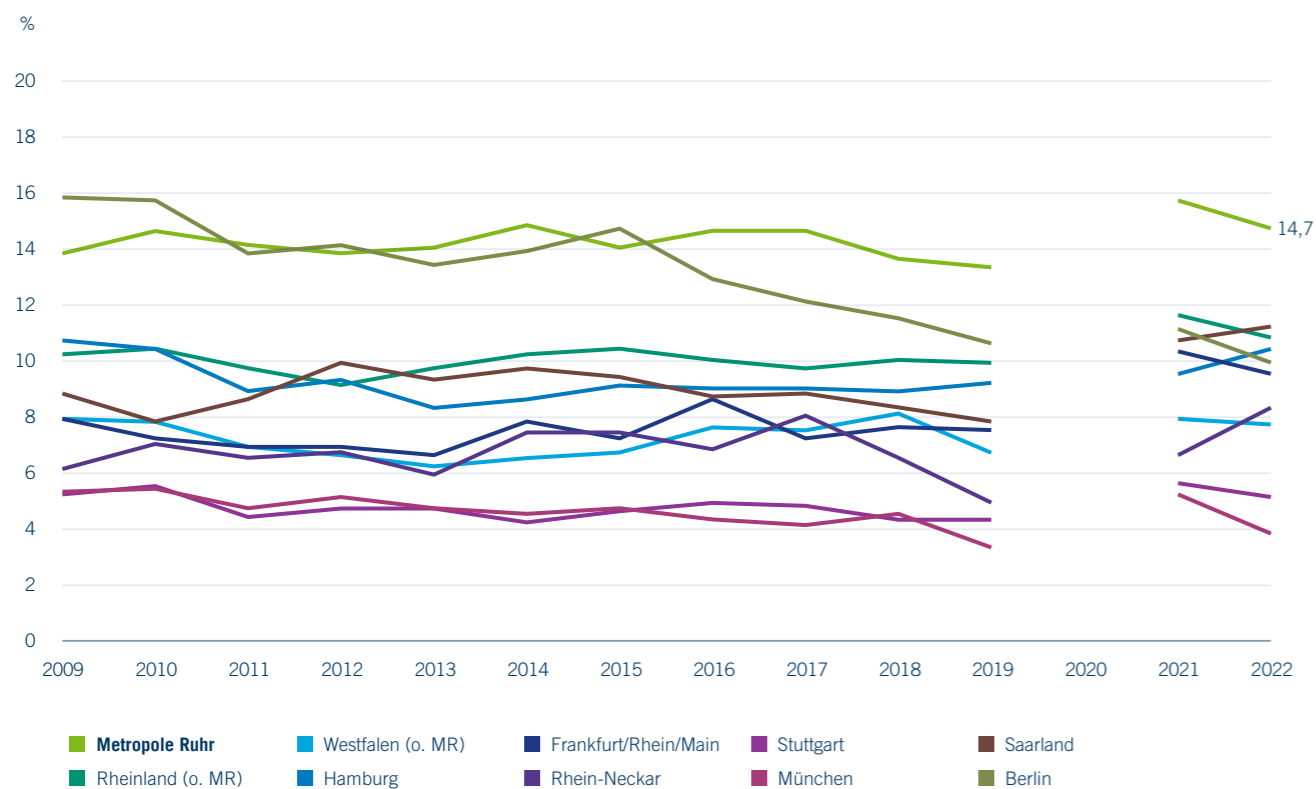
Soziale Risikolagen

In Familien, die mit einer erhöhten „sozialen“ Risikolage konfrontiert sind (Autor*innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, S. 48), wachsen Kinder oft ohne den Zugang zu Netzwerken auf, die sich durch die Erwerbstätigkeit der Eltern ergeben. Diese Netzwerke könnten den Kindern nicht nur den Weg zu wichtigen Kontakten, sondern auch zu praktischen Hilfen und Anerkennung erleichtern, etwa beim Finden von Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen. Darüber hinaus erfüllt die Erwerbstätigkeit der Eltern auch eine wichtige Vorbildfunktion für die Kinder.

Zeitpunkten vor und nach dem Methodenwechsel im Jahr 2020. Die Kinder und Jugendlichen im Ruhrgebiet wachsen am häufigsten in Familien ohne Erwerbstätige auf. Wie auch im Hinblick auf die anderen Risikolagen weisen die süddeutschen Regionen die geringsten Anteile auf. Aber auch im Rheinland und Westfalen lebt ein deutlich kleinerer Anteil der Kinder in Familien ohne Erwerbstätige. In den Ergebnissen spiegelt sich insbesondere die schwierige Arbeitsmarktsituation im Ruhrgebiet wider.

Abbildung 1.17 zeigt den prozentualen Anteil von Kindern in Familien ohne erwerbstätige Elternteile. Die Auswertung des Mikrozensus zeigt deutliche Niveauunterschiede zwischen den

Abbildung 1.17: Anteil der Kinder in Familien ohne Erwerbstätige von 2009 bis 2022



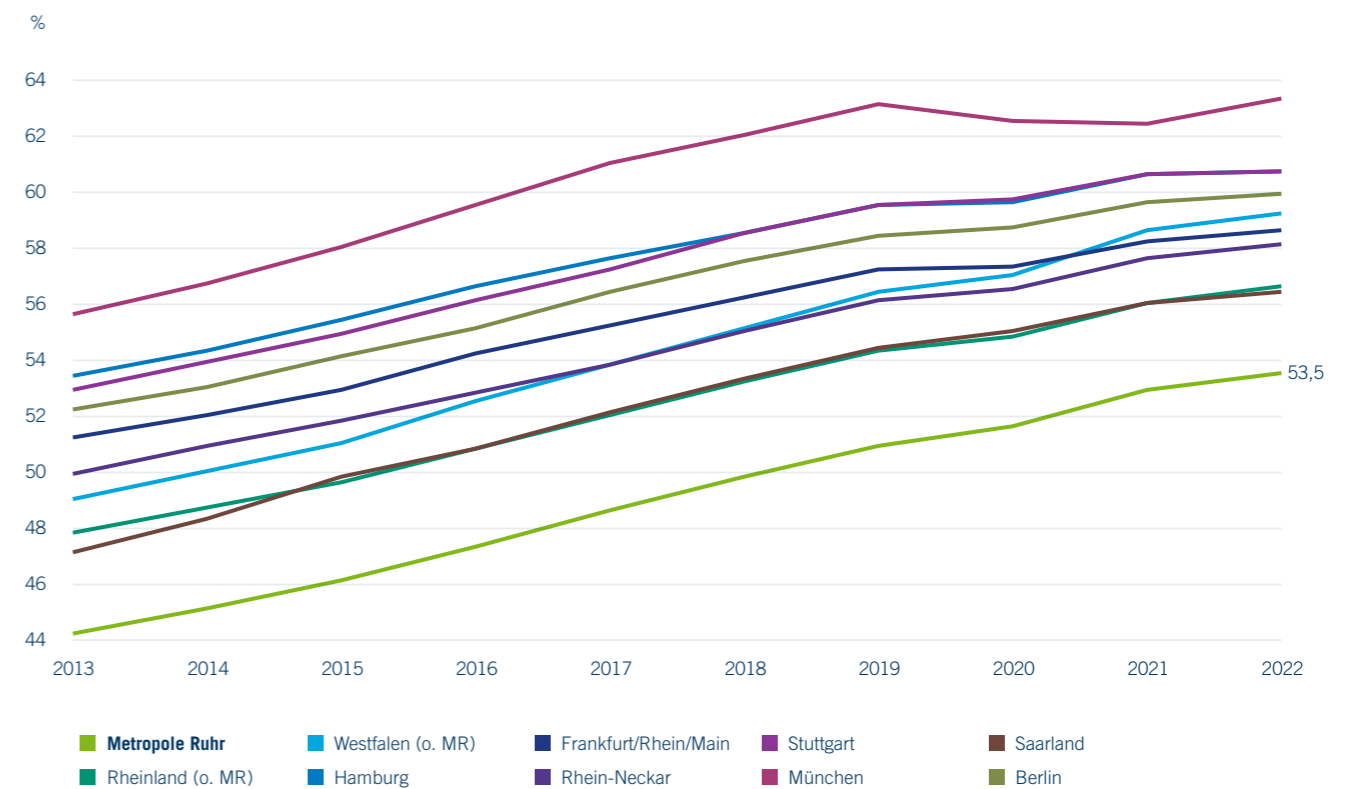
Quelle: Mikrozensus.

Einen zusätzlichen Effekt hat die relativ geringe Frauenbeschäftigungsquote im Ruhrgebiet. Abbildung 1.18 zeigt die Entwicklung in den Vergleichsregionen. In allen Regionen ist die Beschäftigtenquote von Frauen von 2013 bis 2022 angestiegen.

In den Jahren 2020 und 2021 sind teilweise Einbrüche bei der Beschäftigungsquote zu erkennen. Wanger (2023) führt mehrere mögliche Ursachen für die verringerte Beschäftigung von Frauen in den Pandemie Jahren an. Generell zeigt sich, dass insbesondere Frauen 2020 und 2021 den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit zugunsten von Betreuungsaufgaben verringerten. Zum anderen überschneidet sich der Zeitraum mit dem Krieg in der Ukraine, in dessen Folge die Arbeitslosenquote von Frauen durch die große Zahl schutzsuchender Ukrainerinnen deutlich anstieg. Im Hinblick auf den Rückgang der Beschäftigungsquoten kommen zudem Brancheneffekte zum Tragen, da einige Branchen mit hoher Frauenbeschäftigung wie das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe stärker vom Lockdown betroffen waren (Europäische Kommission, 2021).

Im Ruhrgebiet und den anderen nordrhein-westfälischen Regionen fällt dieser Effekt im Vergleich mit den Metropolregionen relativ schwach aus. Die Quote ist mit 53,5 % im Jahr 2022 aber immer noch die niedrigste von allen hier betrachteten Regionen. Eine Auswertung des Mikrozensus durch Seifert et al. (2019) zeigt, dass die Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten von Frauen in Nordrhein-Westfalen unter dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich zu anderen Bundesländern am niedrigsten sind. Besonders deutlich wird dies im Vergleich mit dem Saarland und Bremen. Als Hauptgründe für diese geringere Erwerbsneigung werden ein niedrigeres Qualifikationsniveau sowie ein höherer Migrantenanteil identifiziert.

Abbildung 1.18: Frauenbeschäftigtenquote



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

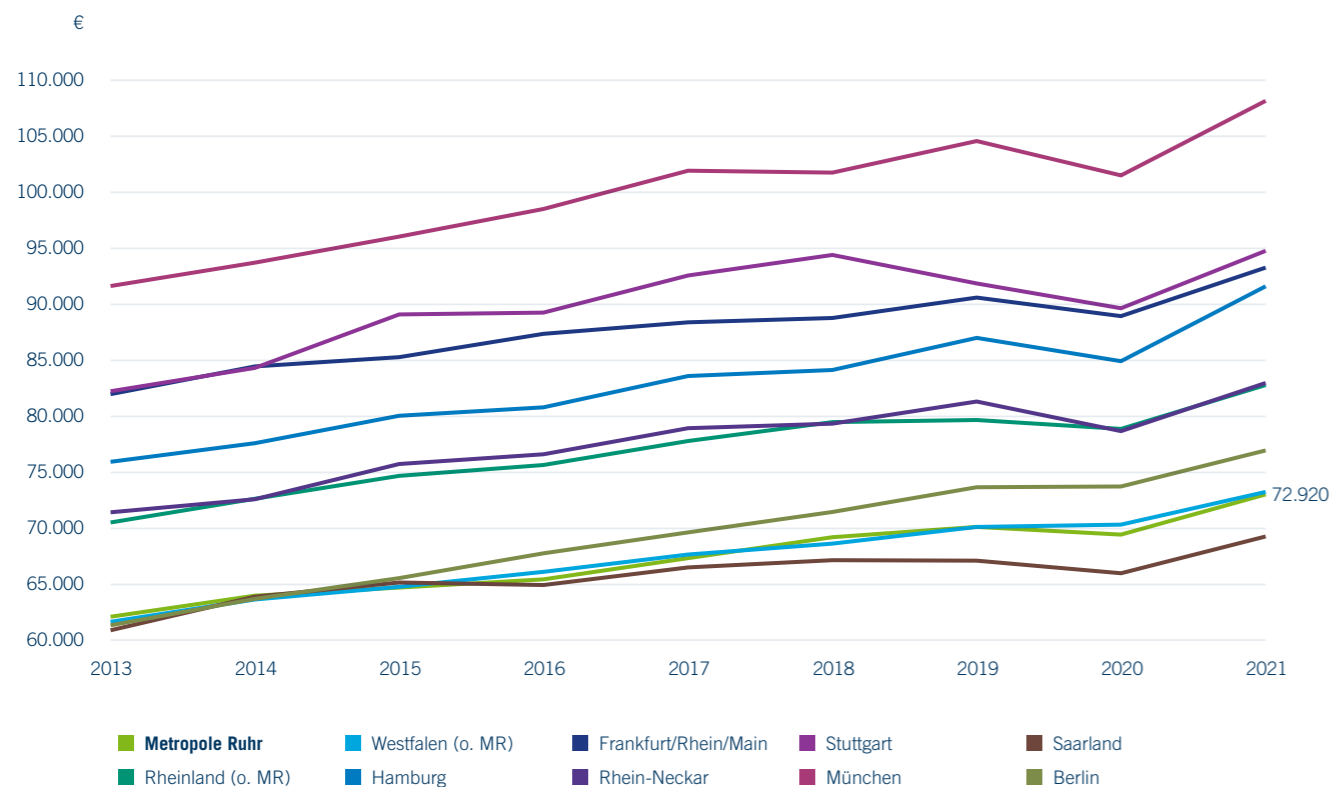
1.4 Wirtschaftliche Entwicklung

Im weiteren Verlauf dieses Abschnitts wird ein detaillierter Blick auf die ökonomischen Rahmenbedingungen in den Metropolregionen geworfen. Dabei spielen neben der Arbeitsproduktivität und der Verteilung der Erwerbstätigen auf verschiedene Wirtschaftssektoren auch die kommunalen Finanzspielräume eine zentrale Rolle.

Abbildung 1.19 zeigt für die Metropolregionen die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Jahren 2013 bis 2022. In allen Regionen kann – wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt – eine positive Entwicklung nach dem Einbruch im ersten Corona-Jahr festgestellt werden. Wie bereits in der Vergangenheit ist die Dynamik im Vergleich der Regionen deutlich unterschiedlich. Die Region München weist, ausgehend von einem bereits hohen

Niveau, das stärkste Wachstum auf und liegt im Hinblick auf die Zuwächse mit Ausnahme von Hamburg weit vor den anderen Regionen. Dabei überholt sie auch andere wirtschaftlich starke Regionen wie Stuttgart oder Frankfurt/Rhein/Main. Das Ruhrgebiet belegt mit 72.920 € je Erwerbstätigem im Jahresdurchschnitt weiterhin den vorletzten Platz der Vergleichsregionen.

Abbildung 1.19: Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person im Jahresdurchschnitt (Inlandskonzept) von 2013 bis 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.



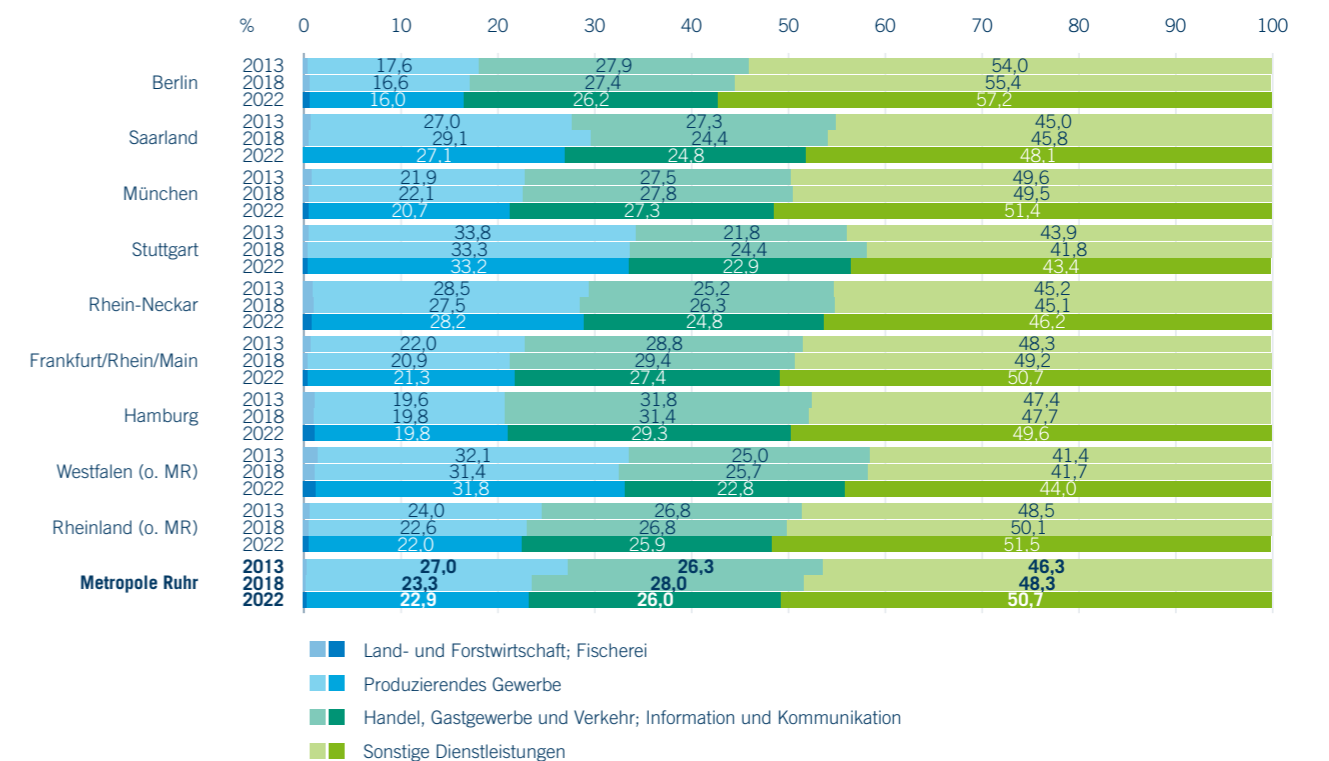
Die Höhe und zukünftige Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird auch durch die Struktur der Betriebe und Unternehmen bestimmt. Ein Indikator für den Stellenwert unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche ist der Anteil der Erwerbstätigen in den unterschiedlichen Sektoren. Abbildung 1.20 zeigt die Verteilung der Anteile der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbereiche des sekundären und tertiären Sektors in den Vergleichsregionen. Der tertiäre Sektor ist in die Wirtschaftsabteilungen „Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation“ sowie „übrige Dienstleistungen“ unterteilt.

Zum Vergleich mit den anderen Regionen wird die Erwerbstätigenstatistik auf Basis der Daten des Mikrozensus herangezogen, dessen Ergebnisse im Zeitvergleich nur eingeschränkt vergleichbar sind. Als erwerbstätig gelten Personen ab 15 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbstständig ein Gewerbe betreiben oder freiberuflich tätig sind, inklusive Beamten und mithelfender Familienangehöriger. Die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit spielt keine Rolle.

Für das Ruhrgebiet wurde im letzten Bildungsbericht festgestellt, dass in keiner anderen Metropolregion im Zeitraum von 2013 bis 2018 der Anteil Erwerbstätiger im produzierenden Gewerbe so stark gesunken ist wie im Ruhrgebiet. Dieser Trend ist in den Jahren 2021 und 2022 nicht mehr zu beobachten. Der Anteil liegt in diesen Jahren bei ca. 23 % der Erwerbstätigen.

Für die anderen Wirtschaftsbereiche sind deutliche Niveauverschiebungen zwischen den Mikrozensusserhebungen vor und nach 2020 zu erkennen. Während der Anteil im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation“ in den meisten Vergleichsregionen im Jahr 2022 um 1 bis 1,5 Prozentpunkte sank, stieg der Anteil in den sonstigen Dienstleistungen (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen) im ähnlichen Umfang an. Das Ruhrgebiet weist mittlerweile bei den sonstigen Dienstleistungen einen ähnlich hohen Anteil wie das Rheinland, die Regionen München, Frankfurt/Rhein/Main und Hamburg auf.

Abbildung 1.20: Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereich 2013 bis 2022



Quelle: Mikrozensus. Die Angaben für das Saarland im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft; Fischerei sind für 2022 nicht verfügbar.



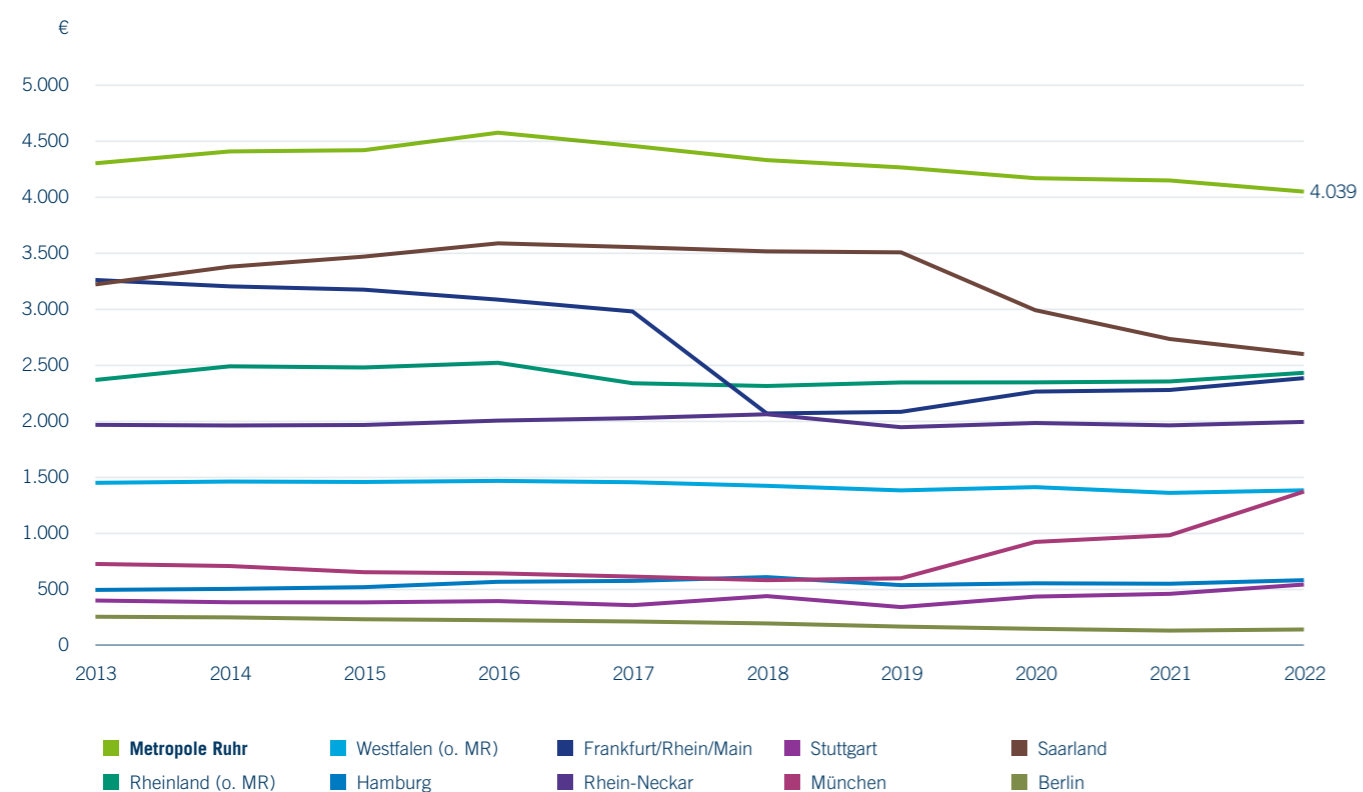
Während die Arbeitsproduktivität ein Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt, spiegelt sie nicht die Finanzspielräume der Kommunen für Investitionen im Bildungsbereich wider. Dazu soll im Folgenden die Verschuldung kommunaler Haushalte in den Regionen als Indikator betrachtet werden. Bei einem Vergleich des Schuldenstands der Kommunen über die Ländergrenzen hinweg ist zu beachten, dass der Kommunalisierungsgrad, also der Anteil der Gesamtausgaben der Länder auf kommunaler Ebene, in den Bundesländern unterschiedlich hoch ist.

Abbildung 1.21 zeigt die durchschnittlichen Schulden der kommunalen Kernhaushalte pro Einwohner*in in Euro für die Vergleichsregionen. Die Schulden der Kernhaushalte umfassen Kassenkredite, mittel- und langfristige Kredite sowie Wertpapier-schulden. Den höchsten Schuldenstand weist im Jahr 2022 mit 4.039 € pro Kopf (2018: 4.320 € pro Kopf) das Ruhrgebiet auf. Damit liegt es weit über dem Landeswert für NRW von 2.584 € pro Kopf und um ein Vielfaches höher als die Pro-Kopf-Schulden in den ostdeutschen Bundesländern, die noch geringere Schuldenstände als die Kommunen in Bayern insgesamt aufweisen (1.094 € pro Kopf). Der hohe Schuldenstand der Kommunen im

Ruhrgebiet hat verschiedene Ursachen. Von besonderer Bedeutung sind die hohen Ausgaben für Sozialleistungen, die nicht vollumfänglich von Land und Bund übernommen werden, und die vergleichsweise geringen Gewerbesteuereinnahmen der Städte, die 2022 im Ruhrgebiet nur 622 € pro Einwohner*in betragen, während sie im Rheinland mit 961 € und in Westfalen mit 863 € pro Einwohner*in deutlich höher liegen (Vierteljährliche Kassenstatistik, Landesdatenbank NRW).

Die Schulden in der Metropole Ruhr sind seit 2016 rückläufig und bewegen sich mittlerweile unterhalb des Schuldenstandes von 2013. In wenigen Vergleichsregionen stiegen die Schulden der Kernhaushalte leicht (Frankfurt/Rhein/Main und Stuttgart) und in München sogar deutlich an. Der Anstieg in der Region München ist insbesondere auf höhere Neuverschuldung durch eine verstärkte Bautätigkeit in der Daseinsvorsorge (Schulen, Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Klimaschutz) (Landeshauptstadt München, 2024) zurückzuführen.

Abbildung 1.21: Schulden der Kernhaushalte je Einwohner*in 2013 bis 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland.

1.5 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegenden Daten zeigen deutlich, dass die im letzten Bildungsbericht Ruhr festgestellten schwierigen Rahmenbedingungen im Großen und Ganzen auch weiterhin fortbestehen. Insgesamt zeichnet die Bestandsaufnahme das Bild einer Region, die im nationalen Vergleich vor erheblichen Herausforderungen steht, einen chancengerechten Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Um diese Probleme zu lösen, wird es nicht ausreichen, sich nur auf die Bildungsinstitutionen zu konzentrieren. Vielmehr ist ein integrativer Ansatz erforderlich, der finanzielle Unterstützung der Kommunen, eine politische Wende weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer bedarfsorientierten Förderung sowie ein umfangreiches Monitoring umfassen sollte.

Unabhängig von Ressourcenfragen ist es wichtig, die Planung von Bildungsangeboten an sich schnell ändernde Rahmenbedingungen anzupassen. Ein wichtiger Einflussfaktor ist die zukünftige demografische Entwicklung bildungsrelevanter Altersgruppen. In den letzten Jahren wurden die entsprechenden Vorausberechnungen bedingt durch Wanderungen aus dem Ausland und indirekt durch die höheren Fertilitätsraten nicht deutscher Frauen unsicherer. Für die Träger von Bildungseinrichtungen bedeutet dies, dass sie sich flexibler und schneller auf die sich ändernde Anzahl von Kindern im U3- und U6-Bereich sowie Schüler*innen einstellen und z. B. im Rahmen von Konzepten wie „atmende Schulen“ Gebäude und Personal bereitstellen müssen.